

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [Chefsekretariat@apb-tutzing.de](mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de)

3 / 2007

## Festakt zum 50-jährigen Bestehen:

## Akademie als „herausragende Denkfabrik“ gewürdigt

**Festredner: „Politische Bildung nötiger denn je“**

**D**ie politischen Spitzenvertreter Bayerns haben die Akademie für Politische Bildung bei der Feier zu ihrem 50-jährigen Bestehen vielfältig gewürdigt. Beim Festakt im Bayerischen Landtag betonten die Redner mehrfach, dass die Aufgabe der Akademie, die Demokratie zu festigen,

Anerkennung für die geleistete Arbeit in den vergangenen fünf Jahrzehnten unter den Direktoren Felix Messerschmid, Manfred Hättich und Heinrich Oberreuter gab es auch Forderungen, die Akademiearbeit weiter auszubauen und zu verbreitern, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene nicht zu vernachlässigen.

Neben Stoiber und Landtagspräsident Alois Glück sprachen der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier und die frühere FDP-Landtagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, eine „Gründermutter“ der Akademie aus der Zeit der Vierer-Koalition von 1957. **Siehe Seite 3**



*Den Festvortrag „Über die Freiheit“ hielt der frühere Stasi-Unterlagenbeauftragte Joachim Gauck*

keineswegs erledigt sei und sich stattdessen immer neue Herausforderungen für die Politik und damit auch für die politische Bildung stellten. Die Tutzingener Akademie sei eine „herausragende Denkfabrik“, sagte Ministerpräsident Edmund Stoiber. Neben Lob und



*Ministerpräsident Edmund Stoiber: „Die Politische Akademie ist ein Aushängeschild Bayerns für die politische Bildung“  
Fotos: Rolf Poss*



*Der Plenarsaal des Bayerischen Landtags bildete den Rahmen für den Festakt zum Akademiejubiläum*

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Die Akademie wurde 50:</i>	
Neue Herausforderungen durch neue Unübersichtlichkeiten	3
Wertebindung und rationale Urteilsbildung	4
Demokratie braucht Engagement und Wissen	6
Desinteresse und Indifferenz als gefährliche Gegner	7
Bildungsbegriff neu beleben	8
Das Bewusstsein des Gemeinsamen als Fundament	9
Politische Bildung weiterentwickeln	10
Freiheit wagen!	11
<i>10. Passauer Tetralog:</i>	
Das gemeinsame Haus müssen alle 27 einrichten	13
Europa auf der Suche nach sich selbst	15
Wo geht es lang mit Europa?	18
Einblicke in die „pragmatische Generation“	19
Boulevardisierung und neue Geschwätzigkeit	20
25 Jahre im Dienst der Akademie	21
„Wissensdetektive“ in der Akademie	21
Die Lust am Grauen	22
Verschiedene Perspektiven einer gemeinsamen Geschichte	23
Thomas Mann, die Deutschen und die Politik	25
Ein Homo politicus als Verleger und Wissenschaftler	26
Frühe Kämpferin für Frauenrechte	27
 Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	 28
Pressespiegel	29
Themen – Tagungen – Termine	33
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	36

## *Direktor der Akademie:*

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

## *Vorsitzender des Kuratoriums:*

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

## *Vorsitzender des Beirats:*

K. Heinz **Eisfeld**

## *Kollegium:*

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.  
Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.  
Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent  
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.  
Gesellschaft und Umwelt,  
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.  
Politische Ethik, Grundwerte

## *Organisationsreferat:*

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

## *Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:*

Karin **Siebert**, M.A.

## **Akademie-Report**

Herausgeber:

**Akademie für Politische Bildung**  
Buchensee 1 82327 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>  
E-Mail: [K.Sittkus@apb-tutzing.de](mailto:K.Sittkus@apb-tutzing.de)

Redaktion:

**Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter**  
(verantw.)

**Dr. Michael Schröder**  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

**Dinauer Medienbetrieb GmbH**  
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

## Neue Herausforderungen durch neue Unübersichtlichkeiten

Lob für die Vergangenheit und Aufgaben für die Zukunft  
beim Festakt im Landtag

**V**ieelfältige Würdigungen und Lob, aber auch anspornende Forderungen – diese Mischung beherrschte die Ansprachen und Vorträge beim Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Akademie im Bayerischen Landtag. Die politischen Spitzenvertreter Bayerns betonten mehrfach, dass die Aufgabe der Akademie, die Demokratie zu festigen, keineswegs erledigt sei. Im Zeitalter der Globalisierung und neuen Unübersichtlichkeiten stellten sich stattdessen immer neue Herausforderungen für die Politik und damit auch für die politische Bildung. Neben Lob und Anerkennung für die geleistete Arbeit in

den vergangenen fünf Jahrzehnten unter den Direktoren Felix Messerschmid, Manfred Hättich und Heinrich Oberreuter gab es auch Forderungen, die Akademiearbeit weiter auszubauen und zu verbreitern, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene nicht zu vernachlässigen. Neben Ministerpräsident Edmund Stoiber und Landtagspräsident Alois Glück sprachen der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget, der Kuratoriumsvorsitzende Hans Maier, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und die frühere FDP-Abgeordnete in Land- und Bundestag sowie Staatsministerin im Auswärtigen Amt Hildgard Hamm-Brücher. Sie ist eine

„Gründermutter“ der Akademie aus dem Kreis der Vierer-Koalition von 1957. Den Festvortrag „Freiheit“ hielt der frühere Stasi-Unterlagenbeauftragte Joachim Gauck. Für die musikalische Umrahmung sorgten junge Musiker der Akademie des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks mit Joseph Haydns Kaiserquartett und die Saxophonistin Cordula Schickel mit Modern Jazz.

Wir dokumentieren die Reden in Zusammenfassungen. Noch in diesem Jahr wird der dritte Band der Festschrift mit den Festreden aller Jubiläumsfeiern erscheinen. ms



Heinrich Oberreuter (Mitte): „In der Konfrontation mit anderen Kulturen reicht es nicht, zu wissen, was man nicht will“. Links: Landtagspräsident Alois Glück, rechts: Joachim Gauck  
Foto: Rolf Poss



# Wertebindung und rationale Urteilsbildung

Akademiedirektor Oberreuter über Ziele und Aufgaben  
politischer Bildung gestern und heute

**B**ereitstellung von Orientierungswissen, Erkennen und Verstehen von politischem System und dessen Kultur. So umriss Heinrich Oberreuter in seiner Begrüßung die Aufgaben der politischen Bildung: Nicht zuletzt sollte politische Bildung auch zu aktivem und partizipatorischem Verhalten anregen und befähigen. Eine Demokratie sei ohne Demokraten nicht vorstellbar. Die müssten jedoch informiert, gebildet und erzogen werden. Heute lasse sich mit der These, politische Bildung sei Teil der Allgemeinbildung, Furore machen. „Was sonst?“, fragte Oberreuter. Sie ist auch keineswegs neu. Bereits 1988 hatte Manfred Hättich sie aufgestellt.

## Angemessene Ethik

Politische Bildung brauche kritisch urteilende Eigenständigkeit gegenüber der Politik und Zeitgeistthemen. Sie dürfe nicht abhängig werden von jedem Paradigmenwechsel im öffentlichen Diskurs. Rationale Urteilsbildung sei ihr Ziel. Oberreuter erinnerte an Arnold Bergstraesser, der im Vorlauf zum Akademiegesetz im Bayerischen Landtag als Ziele der politischen Bildung selbstständige und rationale Urteilsbildung sowie eine angemessene Verhaltensethik vorgegeben hatte. „Beide Ziele lassen sich nicht in Tagesmoden und Medienaufregungszyklen realisieren, sondern nur in der Besinnung auf das Grundsätzliche“, sagte der Akademiedirektor.

Die Bürger der Gründerzeit der Akademie in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren politisch weithin uninformatiert und uninteressiert, nicht zuletzt die Jugend. In der



*Für die musikalische Umrahmung sorgten junge Musiker der Akademie des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks mit Joseph Haydns Kaiserquartett*  
Foto: Rolf Poss

Debatte um das Akademiegesetz hatte Hanns Seidel (CSU) gesagt, dass schlimmer noch als direkte Angriffe auf die Demokratie „die Gefahr zu sein scheint, die aus der Schwäche kommt, die Freiheit zu begreifen und in der

ein politik- und kulturgeschichtlicher Gotha liest“. Er nannte einige dieser „prägenden Persönlichkeiten einer herausfordernden Zeit“: Neben Knoerlingen und Bergstraesser Walter Dirks, Theodor und Thomas Ellwein, Theo-

**„Je mehr die Gesellschaft nach Sinn  
und Orientierung sucht, umso wichtiger ist die  
Rolle der Akademien,  
die ihr dabei zur Seite stehen.“**

*Heinrich Oberreuter*

Freiheit zu leben und zu wirken.“ Ein thematischer Brückenschlag über fünf Jahrzehnte zu Gaucks anschließendem Festvortrag über Freiheit (**siehe Seite 11**).

## Prominente Gründer

Oberreuter erinnerte an die Ideengeber des Akademiegedankens – zuallererst an den damaligen bayerischen SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoerlingen – aber auch an die „Stichwortgeber der Gründergeneration, die sich wie

dor Eschenburg, Hans Nawiasky, Franz Heubl, Romano Guardini und Eric Voegelin.

Unter den Ehrengästen waren Hildegard Hamm-Brücher, die als Parlamentarierin für die Akademie eintrat und Hans-Jochen Vogel, aus dessen Feder der Gesetzentwurf stammte. Aus den Gründerjahren ebenfalls anwesend waren Wilhelm Ebert – Kurator seit Beginn – und Karl Böck, der 25 Jahre das Kuratorium geleitet hatte. Besonderen Beifall erhielt Paula



Linhart, die älteste noch lebende Beirätin, die jüngst ihren 101. Geburtstag feiern konnte (siehe Seite 27).

## Qualität des Gesetzes

Oberreuter hob die besondere Qualität des Akademiegesetzes hervor („Hans-Jochen Vogels Gesellenstück“), das den Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei bei der Berufung der Kuratoren zum Konsens zwingt: „Jahrzehntelang war unser Gesetz das einzige, das die besondere verfassungspolitische Funktion der Opposition anerkannte“, sagte der Akademiedirektor. Die Akademie bemühe sich um Nähe und Zusammenarbeit mit den Parteien, wahre gleichzeitig aber auch Distanz. Denn: „Bildungsprozesse gehen durch Parteilichkeit von vornherein verloren.“ Er jedenfalls habe bislang „keinen Fall unziemlicher parteipolitischer Intervention in die Akademiearbeit“ erlebt.

Oberreuter dankte in diesem Zusammenhang dem Landtag und seinem Präsidenten Alois Glück und dessen Vorgänger Johannes Böhm für die enge und fruchtbare Zusammenarbeit, die ein gegenseitiges Nehmen und Geben sei.

## Vernichtung von Werten

Nach dem Blick zurück widmete sich Akademiedirektor Oberreuter zum Schluss den zukünftigen Herausforderungen der politischen Bildung im All-

gemeinen und der Akademiearbeit im Besonderen. Nach seiner Einschätzung bleibt die Auseinandersetzung mit der Vernichtung aller humanen Werte in unserer Zeit- und Diktaturgeschichte wichtig. Aber die Bedeutung von Begründung und Aktualisierung der Werte in der Gegenwart nehme auch zu:



*Die ersten Akademiedirektoren: Felix Messerschmid links (1958 - 1970), Manfred Hättich (1970 - 1993)  
Fotos: APB-Archiv*

„Sie sind es, die der politischen Bildung Grund und Richtung geben müssen“, sagte der Passauer Politikwissenschaftler. Selbstbewusst fügte er hinzu: „Daran, dass die Demokratie in Deutschland als politische Ordnung nicht mehr um Akzeptanz zu ringen braucht, haben wir mitgebaut.“ Wer sie bestreite, isoliere sich. Diesen Grundton könnten auch gelegentliche Dissonanzen nicht wirklich verfärbten. Kritik an Funktion und Leistung von Institutionen und Akteuren stehe auf einem anderen Blatt. „Dass sie an Schärfe und Berechtigung in jüngster

Zeit zugenommen hat, verdient Aufmerksamkeit und vernunftbestimmte Auseinandersetzung“, sagte Oberreuter.

Ferner sei zu nennen die Neujustierung des Verhältnisses von Bürger und Staat einschließlich des Rückzugs des aktiven zugunsten des aktivierenden

Staats. Die Politik nehme es durchaus mit eingewurzelten Mentalitäten auf. Aber: „Mentalitätswandel braucht Einsicht und Zeit – und vor allem intellektuelle Begleitung.“ Schließlich verwies der Akademieleiter auf die Veränderungen durch technischen Fortschritt hinsichtlich des Umgangs mit dem Leben und der Umwelt: „Wertfragen sind

wieder auf der politischen Tagesordnung.“ In der Konfrontation mit anderen Kulturen reiche es nicht, zu wissen, was man nicht will. Politische Kultur könne und müsse präzise definiert und durch Bildung vermittelt werden. Zukunft sei aus Erfahrung und aus Grundsätzen zu gestalten, um stets die Freiheit zu gewinnen, die unser primärer Wert sei. „Je mehr die Gesellschaft nach Sinn und Orientierung sucht, umso wichtiger ist die Rolle der Akademien, die ihr dabei zur Seite stehen.“

*Michael Schröder*

**(Siehe Presseschau S. 29)**



*Zwei Generationen bayerischer Schulpolitik: Kultusminister Siegfried Schneider (links) und BLLV-Ehrenpräsident und Gründungskurator Wilhelm Ebert*



*Juristen unter sich: der frühere Bundesminister und Mitautor des Akademiegesetzes, Hans-Jochen Vogel, und der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Karl Huber (rechts)  
Fotos: Poss*



# Demokratie braucht Engagement und Wissen

Landtagspräsident Glück sorgt sich um das Ansehen politischer Eliten

**D**ie besondere Aufgabenstellung der Akademie für Politische Bildung sei „heute so wichtig wie vor 50 Jahren“, betonte der Präsident des Bayerischen Landtages, Alois Glück. Die Akademie liefere gewissermaßen „Grundlagen, Spielregeln und Geschäftsordnung“ für die politische



*Landtagspräsident Alois Glück: „Die Herausforderungen beginnen, wenn die Politiker nichts mehr zu verteilen haben“ Foto: Rolf Poss*

Kultur in der freiheitlichen Demokratie. Er begrüßte die Vertreter der Gründergeneration, dankte für deren Aufbauleistung und „die gute Zusammenarbeit bei gemeinsamen Veranstaltungen über Jahrzehnte hinweg“. Information und Reflexion, Wissenschaft und Lebenspraxis bildeten den Brückenschlag von der Anfangs- in die heutige Zeit, sagte Glück. Ein freiheitlicher Rechtsstaat setze Verständnis und politisches Wissen voraus, eine seit 60 Jahren stabile Demokratie brauche auch weiterhin das Engagement ihrer Bürger. Politiker und Gesellschaft dürften nicht unsensibel werden für offenkundig auftretende Gefährdungen. „Wir von der parlamentarischen und politischen Praxis haben die Akademie immer als eine konstruktiv zugewandte Bildungseinrichtung erlebt“.

Der Demokratiebegriff sei in Deutschland lange verbunden gewesen mit wirtschaftlichem Wohlstand, so Glück

weiter, „in Zeiten, in denen es nicht um ein Mehr, sondern um ein Anders, auch ums Weniger geht, steht die Demokratie vor neuen Herausforderungen“. Auch die Globalisierung sei eine solche Herausforderung. Sorge bereite ihm, dass die politischen Eliten regelmäßig am Ende der beruflichen Prestigeskala auftauchen. Hier sei ge-

***„Wir von der parlamentarischen und politischen Praxis haben die Akademie immer als eine konstruktiv zugewandte Bildungseinrichtung erlebt“.***

meinsame Aufklärungsarbeit nötig. „Demokratie ist eine ständige, anspruchsvolle Aufgabe“ und hier liege die besondere Aufgabenstellung für die Akademie: Freiheit und Verantwortung miteinander zu verknüpfen, Demokratie in Haltung und Engagement einzuüben. „Daher ist es besonders wichtig, dass wir das mittragen“, schloss der Präsident des Landtages.

ks



*Idyllisch gelegen am Ufer des Starnberger Sees: Akademiegebäude 2006*

*Luftbild: Hermann Rupp*

# Desinteresse und Indifferenz als gefährliche Gegner

Stoiber benennt Probleme der demokratischen Kultur

Ministerpräsident Edmund Stoiber würdigte die Akademie als „herausragende Denkfabrik“. Sie stehe für „fünf Jahrzehnte erfolgreiches wissenschaftliches und pädagogisches Wirken für Demokratie und Freiheit“, sagte Stoiber beim Festakt. Die Gründungsaufgabe, die Verbindung zwischen Staat und Bürgern herzustellen, sei hervorragend erfüllt worden. Der Auftrag der Akademie, permanente Überzeugungsarbeit für die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung zu leisten, sei heute so aktuell wie vor 50 Jahren und immer noch unverzichtbar.

„Demokratie und Freiheit leben vom politischen Meinungsstreit und vom konstruktiven Diskurs informier-

ter Bürger“, sagte Stoiber. Er benannte die nach seiner Meinung wichtigen Problemfelder: die zurückgehende Wahlbeteiligung, das fehlende Verständnis und der fehlende Kontakt zwi-



Ministerpräsident Edmund Stoiber würdigte die Akademie als „herausragende Denkfabrik“

schen Volk und Mandatsträgern sowie der Mitgliederschwund der Parteien. Politisches Desinteresse und Indifferenz seien die gefährlichsten Gegner einer demokratischen politischen Kul-

**„Demokratie und Freiheit leben vom politischen Meinungsstreit und vom konstruktiven Diskurs informierter Bürger“**

tur. „Dieser Gleichgültigkeit müssen politische Bildung generell und die Akademie speziell entgegenwirken“, sagte der Ministerpräsident. Die Spielregeln der Demokratie müssten immer wieder neu erläutert werden. Gerade im Zeitalter der Mediendemokratie, in dem Medien immer stärker Meinung machen, dürfe sich politische Bildung nicht in den Elfenbeinturm der Wissenschaft zurückziehen, sondern müsse offensiv die Grundlagen der repräsentativen Demokratie vermitteln, betonte der CSU-Vorsitzende. ms



Hörsaal der Akademie in den 50er Jahren

Foto: APB-Archiv



Hörsaal der Akademie 2007

Foto: ms



Walter Flemmer, Präsident der Bayerischen Akademie für Fernsehen:

„Wenn es die Akademie nicht gäbe, müsste man sie erfinden! Allerdings sollte sie auch Breitenarbeit über Tutzing hinaus leisten, zum Beispiel in den Schulen. Junge Menschen müssen dringend angesprochen werden. Ich wünsche der Akademie Wachsamkeit – vor allem gegenüber Demagogen.“

Interview: Siebert  
Foto: Schröder



# Bildungsbegriff neu beleben

Oppositionsführer Franz Maget: schlechter Wissensstand der Jugend eine Gefahr

Das Akademiegesetz sieht vor, dass die Opposition zu Wort kommt: bei der Berufung der Kuratoren, daher auch beim Festakt. Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, kam diesem „Muss“, wie Oberreuter es ironisch nannte, „mit großer Freude“ nach. Man könne sehen, „welch großartige Entscheidungen die SPD für Bayern treffen kann, wenn man sie nur regieren lässt“, konterte der Sozialdemokrat launig in Hinblick auf die konzeptionelle Entstehung der Akademie während der Viererkoalition. Auch was die Befürchtungen der damaligen Opposition anbelange, am Starnberger See könne eine „rote Kaderschmiede“ entstehen, sei „nach 50 Jahren Entwarnung angesagt“. Maget gratulierte der Akademie für Politische Bildung als „Hüterin der politischen Kultur und Pluralität in Bayern“.

Da Erwachsenenbildung „stiefkindlich“ behandelt würde, sei es sehr gut, dass es diese Akademie gibt, so Maget weiter. Er bezeichnete den schlechten Wissensstand der Jugend über

Politik als „bedrohlich und eine echte Gefährdung“. Die Demokratie gehe vom aufgeklärten, interessierten und entscheidungsfähigen Bürger aus. „Wir brauchen mehr Angebote der politischen Bildung, schon weil das Fach Sozialkunde in der Schule unterbelichtet ist“. Nicht zufällig sei die Vereini-

gung der Sozialkundelehrer in Deutschland vor 40 Jahren in Tutzing gegründet worden. Politische Zusammenhänge und Entscheidungen sind heute schwierig, komplex, global und schwer durchschaubar, sagte der SPD-Politiker, „das ist die Stunde der Populisten und dagegen hilft nur das starke Bollwerk der politischen Bildung!“ Die Akademie sei mithin ein solches Bollwerk, allerdings nicht stark genug, „weil es von uns nicht genug gefördert wird, wir achten noch immer zu wenig auf Bildung und Kultur“.

Maget zitierte den früheren Präsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Albin Dannhäuser: „Wissen ist Macht, Bildung ist mächtiger“ und machte einen parteipolitischen Exkurs: Die SPD sei auch unter dem Aspekt der „pädagogischen Chancen“ Verfechterin der Ganztagschule: „Wir müssen den Bildungsbegriff wieder neu beleben“, sagte Maget.



Oppositionsführer Franz Maget: „Die Akademie ist ein Bollwerk gegen Populismus“  
Fotos: Poss



Ruth Paulig, grüne Landtagsabgeordnete und Kuratorin:

„Ich wünsche der Akademie, dass sie so spannende Veranstaltungen setzt, dass Wartelisten bei der Ankündigung der Seminare entstehen und dass vor allem junge Leute die Debatten über Politik begeistert aufsuchen und mit Leidenschaft über die Verbesserung der Welt diskutieren. Und dass diese jungen Menschen dann ihre Erfahrungen aus dem Berufsleben wieder in die Arbeit der Politischen Akademie einbringen. ... Ich bin überzeugt, die Akademie könnte eine Menge von diesen jungen Leuten über unsere Gesellschaft lernen.“

Text/Foto: ks/ms



Gedankenaustausch über 50 Jahre Akademiearbeit: der frühere SPD-Landtagsabgeordnete und Dozent Hans Günther Naumann, der Förderkreis-Vorsitzende Gernot Abendt und der Kurator und frühere bayerische DGB-Vorsitzende Jakob Deffner (von links)



# Das Bewusstsein des Gemeinsamen als Fundament

Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier über die Besonderheiten des Akademiegesetzes

Die Ideen der Gründergeneration der Akademie umschrieb der Kuratoriumsvorsitzende und frühere bayerische Kultusminister Hans Maier und verband damit seinen Dank an alle Direktoren, Gremienmitglieder und Mitarbeiter der letzten 50 Jahre. Die bayerischen Politiker hätten sich dafür entschieden, die politische Bildung mitten in die Politik hinein zu stellen: „Sie holten leibhaftige Politiker und leibhaftige Vertreter der gesellschaftlichen Kräfte in das Kuratorium und brachten sie mit Wissenschaftlern, Lehrer und Erwachsenenbildnern zusammen.“ Die Verantwortlichen selbst sollten politische Bildung formen und gestalten, in einem spannungsreichen Dialog mit offenem Ausgang. Maier fand auch eine neue Übersetzung für den Begriff der politischen Bildung: das Bewusstsein des Gemeinsamen, Verbindenden, Nicht-Kontroversen im demokratischen Staat – das war das Fundament, auf dem alle standen und hoffentlich auch stehen.

Maier hob die Besonderheiten und zukunftsweisenden Elemente des Akademiegesetzes hervor: Akzeptieren der



*Kuratoriumsvorsitzender Hans Maier (links): politische Bildung als spannungsreicher Dialog mit offenem Ausgang. Daneben: Brunhilde Eisfeld, Beiratsvorsitzende Karl-Heinz Eisfeld und Heinrich Oberreuter*

Parteiendemokratie und Einbindung der Universitäten in die politische Bildung. In der Auswahl des Direktors und der Dozenten sollten sich die Vielfalt und Verschiedenheit des politischen Spektrums Bayerns und Deutschlands widerspiegeln.

Maier lud den scheidenden Ministerpräsidenten Stoiber schon einmal als Redner nach Tutzing ein: „Lieber Edmund, ich versichere Dir: Es ist ein Vergnügen, einmal eine Rede zu halten, mit der man gar nichts anderes erreichen will als pure Nachdenklichkeit.“ ms



*Georg Kronawitter, Münchner Alt-Oberbürgermeister:*

*„Ich wünsche der Akademie, dass es in diesem Sinne weitergeht und es solch wunderbare Referenten gibt wie beim heutigen Festakt.“*



*Hildegard Kronawitter, SPD-Landtagsabgeordnete:*

*„Ganz viel Kreativität wünsche ich der APB! In der Entwicklung dessen, was notwendig ist, bezogen auf die neuen Generationen: Demokratie leben, Freiheit und Verantwortung trainieren, und zwar auf ganz vielen Feldern, Lehrerbildung, Demokratieschulung.“*



*Josef Deimer, Kurator, Alt-Oberbürgermeister von Landshut und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetages:*

*„Ich wünsche unserer Politischen Akademie eine Zukunft, in der die Würde des Menschen und seine Bestimmung, frei zu entscheiden, als Mitte und Ziel des Miteinanders anerkannt wird. So bleibt ihre kostbare Unabhängigkeit und Offenheit in einem breiten Themenfeld erhalten. In Umkehrung eines Satzes von Heinrich Böll sage ich: Gesinnung darf es niemals gratis geben.“*

*Text/Fotos: ks/ms*

# Politische Bildung weiterentwickeln

Hildegard Hamm-Brücher: „An die Arbeit“

**S**ie wolle nur einen kurzen Bogen der 50 Jahre spannen und dann auffordern, an die Arbeit zu gehen, sagte Hildegard Hamm-Brücher, eine „Gründermutter“ der Akademie.

Bezogen auf die Festrede von Joachim Gauck sagte sie: „Wir wagen die Freiheit viel zu wenig.“ Sie rückte den „spiritus rector“ der Akademiegründung, Waldemar von Knoeringen, noch einmal ins Bewusstsein. Es würde nach fünfzig Jahren zudem der „Mantel der Nächstenliebe“ darüber gedeckt, dass das „damals eine sehr umstrittene Initiative war“. In 50 Jahren habe man jedoch einen demokratischen Konsens erzielt – „mein wichtigster Wunsch ist, dass er so weiter bestehen möge, denn dieser demokratische Grundkonsens ist wichtiger denn je“. Beängstigend sei die Entfremdung zwischen politischen Eliten und den Bürgern.

Die frühere Staatsministerin und FDP-Politikerin regte eine Kommission an, die sich Gedanken darüber machen solle, was man wirklich tun müsse, um politische Bildung weiterzuentwickeln.



*Hildegard Hamm-Brücher bezeichnete die Entfremdung zwischen politischen Eliten und den Bürgern als beängstigend*

Die Bedeutung der Demokratie werde zu wenig ernst genommen und die Kinder lernten viel zu wenig darüber. Demokratie sei mehr als die Summe der Parteien und ihrer Politiker. „Demokratie muss gelernt, Freiheit geübt werden“. Demokratie sei ein „nie vollendetes Projekt“, um ein ebenbürtiges und faires Zusammenleben aller Bürger anzustreben. In jedem Lebensalter müsse dazu beigetragen und dafür gebürgt werden, dass neben Wissen eine Erziehung zur Demokratie stattfinden könne. „Diese Erziehung muss zum Qualitätsmerkmal an unseren Schulen werden“. Der Weg in die Schulen sei die „zweite Dimension“ für das „Kraftwerk“ Akademie Tutzing – bei der nächsten Jubiläumsfeier werde man wohl darüber berichten können.

ks



*Wilhelm Ebert, seit Gründung der Akademie Kurator, Ehrenpräsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV):*

*„Politische Bildung muss für alle Schulen eine so zentrale Angelegenheit werden wie die Fächer Mathematik oder Deutsch.“*



*Hermann Balle, Verleger des „Straubinger Tagblatts“:*

*„Ich wünsche der Akademie vor allem, dass der Weg noch intensiviert werden kann, den sie bisher schon gegangen ist. Je mehr das Desinteresse der Bevölkerung zunimmt, desto mehr ist die Akademie gefordert, dagegen zu arbeiten. Die Tutzingener Akademie und wir von den seriösen Medien sind Verbündete, wenn es darum geht, die Jugend für politische Themen zu interessieren. Wir als Heimatzeitungen gehen beispielsweise mehr und mehr in die Schulen hinein.“*

Text/Fotos: ks/ms

*Hermann Kumpfmüller, früherer Beiratsvorsitzender und ehemaliger Präsident des Bayerischen Jugendrings:*



*„Ich wünsche der Akademie Unabhängigkeit, immer tolle Mitarbeiter und ein großes Echo ihrer inhaltlichen Arbeit!“*

# Freiheit wagen!

Festredner Joachim Gauck warnt vor Angst und abgenutzten Parolen

**Ü**ber die Freiheit sprach Festredner Joachim Gauck: wie sie entstehen kann und bewahrt werden muss. Politische Bildung müsse gerade Menschen erreichen, die Freiheit mehr fürchten als lieben, sagte der frühere Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und Vorsitzende des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“. Denn Freiheit, Demokratie und Verantwortung müssten trainiert werden. Er gratulierte der Akademie für Politische Bildung zu ihrer 50-jährigen Erfolgsgeschichte, erinnerte daran, dass sich Erfolge nicht zwangsläufig fortsetzen und dankte dem Freistaat Bayern für die „weise Entscheidung“, die Akademie zu gründen und zu unterhalten. Er führte in einer eindringlichen und authentischen Rede das Publikum durch Einsichten und Gefühle zum Thema Freiheit, „das mir das Wichtigste ist“ – es dankte ihm mit minutenlangem Applaus.

Als Mecklenburger habe er zwar keinen Anteil an der Erfolgsgeschichte der Akademie, könne aber Menschen, denen eine freiheitliche Welt in 60 Jahren nahezu selbstverständlich geworden sei, immerhin eine neue Perspektive geben: den Blick von Menschen, die Freiheit erst seit Neuestem kennen. „Freiheit ist nicht selbstverständlich, sondern ein Grundwert, der immer wieder neu errungen und gewahrt werden muss“, sagte er eindringlich. Daher gebe es immer wieder Probleme mit der Freiheit, die Rolle der Bildung sei in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen. Die Akademie sei einer der guten Gründe, mit Respekt und Dankbarkeit vom Norden in den Süden der Republik zu blicken.

Er freue sich immer, wenn er von Auslandsreisen in ein reiches und glückliches Land zurückkehren dürfe. Gleichzeitig fühle er sich in Deutschland dennoch gleichzeitig oft „wie ein Fremder“. Der „heimliche Artikel 1 des Grundgesetzes“ laute: die Besitzstandswahrung ist unantastbar. Ein „Minderheitengefühl“ sei das, die Minderheit derer, denen die Freiheit das Wichtigste ist. Und dennoch sei da



*Aufgabe der politischen Bildung: „Abwehr der Verführungsgesänge von neuen Erlösergruppen“. Joachim Gauck bei seiner Festrede*

auch immer wieder die Freude: „17 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Freiheit in Deutschland zuhause: Ja!“ Aus seiner Herkunft aus freiheitsloser Zeit könne er sagen, dass „damals die Freiheit so sehr geliebt wurde, weil sie uns so sehr fehlte“. Sie war zurückgedrängt in die Innenräume der Individuen, auch tatsächlich in die Keller und Garagen, die Kirchen und Gemeindehäuser, in familiäre Zirkel. Politische Bildung brauche der Mensch, um Freiheit zu entwickeln.

## Freiheit lernen und leben

Während es im Westen seit Jahrzehnten eine freie Wahl der Lebensumstände gebe, kamen die Menschen in Ostdeutschland aus 56 Jahren politischer Ohnmacht und Diktatur. „Sie sind beschäftigt mit der Aufarbeitung dieser Ohnmacht und Unfreiheitsgeschichte. Das Verlernen des Gestus der Ohnmacht ist die Voraussetzung dafür“, beschrieb Gauck die unterschiedliche politische Sozialisation. Zur Aufarbeitung gehöre auch, sich mit der Geschichte der DDR „dauerhaft zu beschäftigen“.

Das habituelle Ich des Menschen sei jedoch viel langsamer als das intellektuelle – anders gesagt; „Etwas Neues zu lernen dauert einfach“, warb er um Verständnis.

In diesem Prozess müsse dem Teil der Deutschen, die in der „Übergangsgesellschaft“ leben, Mut gemacht werden – der Mut, Freiheit zu lernen und zu leben. Umgekehrt sei aber auch „die Angst in die gut ausgestatteten Häuser der Wirtschaftswunderkinder eingezogen, die Angst vor der Freiheit, die Angst vor sozialem Absturz“. Diese Angstpotenziale in der Mitte des Volkes schafften Platz für Populisten, für „Flötentöne von links und

**„Der heimliche Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: die Besitzstandswahrung ist unantastbar.“**

Joachim Gauck

rechts“. Da seien plötzlich wieder Parteien wie „Die Linke“ populär, die fast ohne Inhalte auskommen und alte, für abgenutzt gehaltene Parolen wie „Freiheit durch Sozialismus“ erfolgreich benutzen – „das erschreckt mich“. Gauck





sieht hier gefährliche Signale und die positiven Reaktionen hält er für bedenklich.

Das sei die große Aufgabe der politischen Bildung: „Abwehr der Verführungsgesänge von neuen Erlösergruppen“. Die Gefahr von rechts hält er für beherrschbar: „Ich glaube, dass diese Demokratie stark genug ist, das abzuwehren – wir stehen nicht schweigend daneben und schauen auch nicht weg“. Ein wirklich bedrohliches Element der Bürgergesellschaft sei dagegen „das übersättigte Unlustgefühl an der Ausübung von Bürgerrechten“. Der Mensch habe die Neigung, sich das Leben einfach zu machen, wäre gern „bequem und dumm“. Die Beschäftigung mit Politik wird als unbequem empfunden. Die Diskursfähigkeit vieler Bürger ende gleich nach den Konsumfragen, es gebe einen unideologischen Rückzug aus der Politik. Es wäre sein Wunsch, dass politische Bildung die Begleitung dieser Bevölkerungsgruppe leiste, um einer „unpolitischen Gefahrensituation“ entgegenzuwirken.

## Neue Bündnisse

Politische Bildung müsse also etwas weiter verstanden werden. Gauck forderte neue Bündnisse zwischen Vereinen und politischer Bildung. Der Jugend müssten Regeln, Fairness und Solidarität beigebracht werden. Frustrierte und Unmotivierte müssten einbezogen werden: „Wir müssen die fröhlich Unwilligen gewinnen“, so Gauck weiter. „Denn hat man den Typus des Untertanen, des Staatsinsassen, erst einmal erzeugt, dann muss man ihn rückerziehen“, konstatierte der Diktatur-Erfahrene. Es gebe eine „geheimnisvolle Fähigkeit des Menschen zur Freiheit“, gewissermaßen eine schöpfungsmäßige Möglichkeit“. Gott schuf den Menschen nach seinem Bild, die Sehnsucht und die Fähigkeit zur Freiheit müsse damit gemeint sein, sagte der Theologe Gauck. Natürlich nicht ein pubertäres „Ich darf alles“, sondern die erwachsene Haltung der Freiheit zur Verantwortung. Denn der Mensch habe die Fähigkeit zu dieser Verantwortung, er trage die Kraft, Ja oder Nein zu sagen, in sich, die Kraft zum Kampf. Nicht nur die Fähigkeit zu

Furcht und Angst. „Ein Relikt aus alten Zeiten, in denen Furcht ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft war. Paternalistische Parteien, die mit Furcht arbeiten, haben gute Karten und verzeichnen besonderen Zulauf“.

## Sehnsucht nach Freiheit

Erich Fromm habe dies beschrieben in seinem Buch „Die Furcht vor der Freiheit“. Davor, nicht nur das zu tun, was gerade mehrheitlich gut ankommt. „Da wir nie ankommen werden in einer Welt ohne Furcht, brauchen wir unbedingt Mut. Neben der Fähigkeit Furcht zu haben, hat der Mensch eben auch die wunderbar tiefe Sehnsucht nach Freiheit“. Die Demokratie nun sei die Staatsform, in der erstmals

nicht Macht und Ohnmacht perpetuiert werden, bei der es sich nicht um die Flucht in Konformität und Ideologie handle, führte er aus. „Diese Versuche brauchen wir nicht – obwohl wir auch unsere Versuche nie ganz loswerden können“.

„Wir sind das Volk“ – die Bürgerrechtler in der DDR sahen 1989 nicht die Flucht als Lösung an, sondern wollten den Staat von innen her verändern. „Leider sind diese Freiheitshelden vergessen worden“. Eine neue Generation sei nachgewachsen. „Demokratie ist ein Prozess, der immer wieder neu gelernt werden muss“, schloss Joachim Gauck. „Freiheit wagen heißt: der Furcht vor der Freiheit zu entsagen!“ ■

Karin Siebert / Michael Schröder

(Siehe Presseschau S. 29)



Sie vereinen Akademiegeschichte in sich: Paula Linhart (101), Gründungsbeirätin, und Karl Böck, der 25 Jahre dem Kuratorium vorstand

Foto: ms



Mercedes Riederer, Chefredakteurin des Bayerischen Rundfunks:

„Die Festrede von Joachim Gauck hat mich sehr nachdenklich gestimmt. Wenn es der Akademie gelingt, nicht nur die schon ‚Aufgeschlossenen‘ anzusprechen, sondern vor allem die Leute, die Furcht haben – ‚Furcht vor der Freiheit‘, das würde ich der Akademie wünschen. Sie darf nicht zum Elfenbeinturm werden!“

Text/Foto: ks/ms

## 10. Passauer Tetralog:

# Das gemeinsame Haus müssen alle 27 einrichten

Internationales Podium während der Europäischen Wochen

Während des Verhandlungsmarathons vor dem entscheidenden Brüsseler EU-Gipfeltreffen im Juni fand der zehnte Passauer Tetralog statt. Im Rahmen der Europäischen Wochen organisierte die Tutzing Akademie ein internationales Podium zum Thema „Das gemeinsame Haus: Zur Identität Europas“. Fehlende Solidarität und Identität bescheinigten die vier Europa-Ex-

perten und Moderator Heinrich Oberreuter den Bewohnern dieses Hauses. „Wir definieren uns eher über das, was wir nicht wollen, als über das, was wir wollen“, sagte der Akademiedirektor. Es diskutierten: Anne-Marie Le Gloannec, Forschungsdirektorin am Centre d'Etudes et des Recherches Internationales in Paris und derzeit Gastprofessorin an der Universität Stuttgart; Emi-

lia Müller, Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Adam Krzeminski, Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Warschau und Redakteur des Wochenmagazins Polityka und Baha Güngör, ehemaliger Türkei-Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur und Leiter der türkischen Redaktion bei der Deutschen Welle in Köln.

Es war ein kleines Jubiläum und der Intendant der Europäischen Wochen Passau, Pankraz Freiherr von Freyberg, überreichte symbolisch zehn Flaschen „Heiliggeist-Wasser“ an Akademiedirektor Oberreuter zur Würdigung des zehnten Passauer Tetralogs. Die anschließenden Vorträge und die Podiumsdiskussion boten weniger Anlass für gute Laune – der Zustand Europas ist einigermaßen ernst, konstatierten die versammelten Europäer. Dem populären Europaskeptizismus – es habe Europa in der Vergangenheit nicht gegeben und gebe es nicht in der Gegenwart, es müsse erst erfunden werden – setzte Oberreuter die Definition durch die gemeinsamen kulturellen Wurzeln der Antike, der Bibel und der Aufklärung entgegen.

Mit der „Last der Geschichte und dem europäischen Integrationsprozess“ hatte sich erst zwei Tage vorher Krzeminskis Vortrag in Tutzing beschäftigt (Bericht im nächsten Heft). Doch gerade die beiden „Daueraufreger“ der europäischen Debatte, Polen und die Türkei, erwiesen sich im Verlauf der mehr als zweistündigen Diskussion als in der Geschichte besonders verlässliche Partner Mitteleuropas. Polen als Bollwerk gegen eine Vereinnahmung Europas in den vergangenen Jahrhunderten an seinen Grenzen, die Türkei durch ihre unbedingte Nato-Treue. Während des Kalten Krieges war die

Türkei auf der Seite Europas gestanden, was heute kaum noch Beachtung fände, sagte Güngör.

## Ja zur Verfassung

„Gibt es auf der Basis dieser gemeinsamen Geschichte ein Europa der Nationen, gibt es ein europäisches Bürgerbewusstsein und wie geht es weiter mit Europa angesichts der Verfassungsdebatte?“, fragte Oberreuter.



**Adam Krzeminski: Skepsis und Misstrauen gegenüber der polnischen Regierung** Foto: ks

„Die qualifizierte Mehrheit sollte gehalten und im Dialog weiterentwickelt werden“, plädierte Müller. „Der mühevoll gehaltene Konsens kann nicht akzeptieren, dass sich Polen isoliert“. Europa lebe von der Solidarität und den Gemeinsamkeiten – „wir brauchen den Verfassungsvertrag als ein gemeinsa-



**Deutscher Journalist mit türkischer Abstammung: Baha Güngör**  
Fotos: Toni Scholz

mes Recht der 27“, es müsse alles getan werden, um auf eine Linie zu kommen. Krzeminski beschrieb die polnische Position, die eine Direktwahl des europäischen Präsidenten, eine europäische Armee, die sofortige Einführung des Euro und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fordere. Die nationalkonservative Koalition habe seit ihren europaskeptischen und anti-europäischen Wahlkampfparolen vor zwei Jahren wenig Gemeinsames geschaffen. Er persönlich sei „äußerst skeptisch und misstrauisch gegenüber dieser polnischen Regierung, so Krzeminski, kritisierte andererseits aber auch eine „ominöse



europäische Solidarität“: Europa habe beispielsweise Russlands Embargo auf polnische Fleischprodukte tatenlos zusehen und „Putins Hackordnung damit mitgespielt“.

## „Light-Vertrag“

„Frankreich wünscht sich ein starkes Europa“, sagte Le Gloannec. „Doch wir haben wenig Verständnis gezeigt für die Erfahrungen und das Geschichtsverständnis der jungen Demokratien in Osteuropa“. Die neue französische Regierung wolle, bei aller Distanziertheit, einen „Light-Vertrag“



Die französische Politologin Anne-Marie Le Gloannec: „Die Reform der Köpfe steht noch aus“

– gemeint ist die Substanz des gescheiterten Verfassungsentwurfes – und eine klare Haltung gegenüber Russland, das unter anderem seine Haltung zum Tschetschenien-Krieg ändern müsse. „Wir sind alle national orientiert, natürlich auch Polen“, sagte Le Gloannec. „Frankreich wird weiter versuchen, sich zu profilieren.“ Sie befürchtete im Vorfeld des Brüsseler Treffens „eine Art beauty contest zwischen Merkel und Sarkozy“.

Bahan Güngör berichtete, dass „die Türken schon viel dafür getan haben, die europäische Identität anzunehmen“. Die Türkei ist ein Vielvölkerstaat, das vereine im europäischen Haus, mache jedoch eine Begrenzung auf eine kontinentaleuropäische Identität undenkbar, diese müsse sich aus-

schließlich über Werte definieren. Der Türkei werde eine Identität übergestülpt, die nicht stimmt: Beispielsweise sei der internationale Terrorismus für die Türkei ebenso eine Gefahr wie für das restliche Europa. „Wir brauchen ein Europa, das der Türkei zugehört“, appellierte der in der Türkei geborene Deutsche. „Es ist sicher für alle besser, wenn sich die Türken als Europäer fühlen!“

## Mindeststandards

Europa muss sich selber einen Sinn geben, sagte Staatsministerin Müller. Europäer sollten sich über aus Geschichte und Gegenwart kommenden Werte und Identität definieren. Außer-



Europaministerin Emilia Müller plädierte für eine vernünftige Nachbarschaftspolitik mit der Türkei

dem seien die finanziellen und geographischen Außengrenzen der Staatenunion zu berücksichtigen, um eine Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. „Es muss eine vernünftige Nachbarschaftspolitik gefunden werden, in der die Türkei ihren Platz hat“. Aus bayerischer und deutscher Sicht gehe der Wunsch in Richtung Vielfalt und Vertiefung, „damit wir in der Globalität ein starker Kontinent sind“. Solidarität und Toleranz seien für ein „gewachsenes Europa“ unerlässlich. „Als aufgeklärte Europäer sollten wir die Mittel der Aufklärung auch anwenden“.

Le Gloannec fand deutliche Worte an die europäischen Regierungen: „Operationales Handeln wäre wirklich schön, Europa besteht aus Solidarität.“

## Solidarität und Toleranz sind für ein „gewachsenes Europa“ unerlässlich.

Emilia Müller

Stattdessen machen die Regierungen zur Zeit rein gar nichts“. Fenster und Türen zuzumachen, sei die einfachste Antwort auf eigene Fehler, doch ein „grenzenloses Europa“ sei schon immer ein Problem gewesen. Nicht nur die rechtlichen Reformen, sondern auch „die Reform der Köpfe steht noch aus“.

Das europäische Menschenbild unterliege einem ständigen Wandel, sagte Krzeminski. Polen gehöre durch den Katholizismus zum Abendland, habe aber auch stark orientalisch Züge. „Auf jeden Fall wird Polen nicht bereit sein, verkrustete Geschichtsbilder zu relativieren und zu europäisieren“, sagte er weiter. Eine europäische Definition funktioniere seiner Meinung nach nicht über die Grenzen, sondern über den Verfassungsvertrag. „Europa braucht jetzt vor allem starke Partner gegen Bedrohungen aus dem Iran und aus Saudi-Arabien. Es sollten nicht alle darauf warten, dass jetzt neue Mauern hochgezogen werden zwischen Muslimen und Christen“. Auf keinen Fall dürfe man zum jetzigen Zeitpunkt die Verhandlungen zwischen der europäischen Union und der Türkei unterbrechen, das würde die Europa-Treue der Türkei verletzen.

Aus den wenige Tage nach dem Passauer Tetralog erfolgten Brüsseler Beschlüssen muss nun noch ein gültiger Reformvertrag werden. Nicht nur die konservativen polnischen Politiker lähmten Europa, weitere vier Länder, darunter Frankreich und Großbritannien, strichen vieles aus dem Vertrag, was auf demokratische Transparenz in Europa angelegt war. ■

Karin Siebert



# Europa auf der Suche nach sich selbst

50 Jahre europäische Integration

**D**as Erfolgsmodell Europäische Union feierte im Mai 2007 mit dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge einen runden Geburtstag. Dieses Jubiläum nahm die Akademie zum Anlass für eine Tagung, um Geschichte, Identität, Ziele und Aufgaben der EU zu diskutieren.

Europa ist eine Kultur- und Wirtschaftsregion mit einer mehrtausendjährigen Geschichte, die dem Kontinent ihre eigene Prägung gegeben hat. Doch was ist das Verbindende, die gemeinsame Identität angesichts der enormen nationalen und regionalen Unterschiede? Diese Frage stellte sich in der Vergangenheit kaum, doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und den verschiedenen Erweiterungsrounden wird sie immer zwingender, will man nicht eine Überdehnung der EU riskieren.

## Identität in der Geschichte

Kaum jemand könnte diese Fragen besser beantworten als der Historiker Hans-Ulrich Wehler von der Universität Bielefeld. Für ihn ist die europäische Identität tief in der Geschichte angelegt: Nur in Europa lebe das Erbe der Antike fort (bzw. wurde nach Nordamerika und Australien exportiert) und nur hier hätten sich in einer jahrtausendelangen wechselhaften, auch von dunklen Kapiteln gekennzeichneten Geschichte freie Bürger und Bauern, Städte sowie rationale Wissenschaften entwickelt. Das Christentum stehe nicht nur für die religiöse Prägung des Kontinents, sondern in ihm sei auch die Trennung von Staat und Kirche angelegt. Humanismus und Aufklärung begründen zusätzlich die grundlegenden europäischen Werte (Menschenrechte, demokratische Rechte und Freiheit). Im „alten Kontinent“ habe der Erwerbskapitalismus ebenso seinen Ursprung wie die

Nationalstaaten. Diese „endogene“ Entwicklung unterscheide Europa von jenen Regionen, die „europäische Werte“ von außen – und damit noch immer unvollkommen – adaptieren wollen. Insofern verletze die Beitrittsperspektive der Türkei das Identitätsgefühl vieler Europäer. Die abnehmende Akzeptanz der EU sei eine Folge dieser Entwicklung. Im Auditorium blieb die pointiert ablehnende Haltung Wehlers zum EU-Beitritt der Türkei mit Hinweis auf die strategische Bedeutung des



*Hans Ulrich Wehler: Humanismus und Aufklärung begründen die grundlegenden europäischen Werte*



*Reinhold Bocklet: Berechtigung der EU begründen*

*Fotos: Bungartz*

Landes für den Westen und die positive Rolle der Beitrittsperspektive für Demokratie und Menschenrechte nicht unwidersprochen.

## Wiederbelebung der Verfassung

Die ursprünglichen Ziele der europäischen Integration – Friede, Sicherheit und Wohlstand seien – so der ehemalige bayerische Europaminister Reinhold Bocklet – weitgehend im öffentli-

chen Bewußtsein als Erfolg der EU „konsumiert“ und als Begründungszusammenhang des europäischen Projektes immer weniger präsent. Die EU müsste daher, getrieben durch die realen Probleme der globalisierten Welt, ihre Berechtigung auch in den Augen der Bürger neu begründen. Wachstum und Beschäftigung, Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, des Klimaschutzes sowie die ökonomischen und sozialen Folgen der Globalisierung stünden auf der Agenda.

Die EU sei zwar nach der Osterweiterung in keiner Krise, doch müsse sie in diesen Politikfeldern ihre Handlungsfähigkeit ausbauen bzw. in einigen Bereichen diese überhaupt erst erlangen. Deshalb seien der institutionelle Umbau (Wiederbelebung des

Verfassungsvertrages) und die Politikreformen so entscheidend. Die neue Situation verlange aber auch eine Klärung der Identität und der Ziele der Union und dies sei eben ohne eine Festlegung der Grenzen des Staatenbundes nicht möglich. Auch für ihn käme daher eine Mitgliedschaft der Türkei nicht in Frage.

## Problemfeld Sicherheitspolitik

Es gibt wohl kein Politikfeld, in dem Anspruch (beziehungsweise Notwendigkeit) und Wirklichkeit weiter auseinanderklaffen als in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch sah General Klaus Reinhardt, ehemaliger Kommandeur der KFOR-Friedenstruppe im Kosovo, deutliche Fortschritte im Aufbau von militärischen Interventionskräften und Koordinierungen. So würde man heute sicherlich auf eine vergleichbare Krise wie auf dem Balkan in den 1990er Jahren besser reagieren. Allerdings sei die



schnelle Eingreiftruppe der Europäer (60 000 Mann) bisher nur auf dem Papier einsatzfähig, doch könne man auch auf erfolgreiche Einsätze wie im Kongo verweisen.

Reinhardt kritisierte die mangelhaften Voraussetzungen der Europäer für militärische Interventionen (u.a. beim Lufttransport), sowie die unzureichende Koordinierung ihrer Kapazitäten und ihrer Rüstungsbeschaffung, die vielfach an „nationalen Präferenzen“ scheitere. Schon eine verbesserte Abstimmung würde die militärischen Möglichkeiten der Europäer deutlich erhöhen. Entscheidend sei auch die politische Komponente, denn es fehle an einer außenpolitischen Gesamtstrategie, die klar die europäischen Interessen formuliere. Zudem zeige sich, wie jetzt im Irak und in Afghanistan, wie wichtig die Abstimmung zwischen militärischen und zivilen Einsätzen sei und gerade die letzteren seien die Stärke der Europäer. Europa rückt näher zusammen, die Grenzen fallen (u.a. im

Schengen-Raum) und damit wird die innere Sicherheit immer mehr zu einer europäischen Aufgabe. Dies war die Anfangsthese des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium Peter Altmaier, der zudem



*Klaus Reinhardt: „Es fehlt eine außenpolitische Gesamtstrategie“*



*Peter Altmaier: „Europol“ noch mit geringer Effizienz*

auf die neue Qualität von Bedrohungen (internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität) verwies, die aufgrund der Globalisierung und neuer Technologien (Internet, wachsender Reiseverkehr) nur durch internationale Koordination zu bekämpfen seien.

In dieser Hinsicht sei die EU u.a. durch das grenzüberschreitende Schengen-Informationssystem vorangekommen.

Mit dem Vertrag von Brüssel (2005) haben sieben EU-Mitgliedsstaaten eine enge polizeiliche Zusammenarbeit vereinbart, die einen automatischen Zugriff auf die nationalen Datenbanken ermögliche. Zentrale Aufgabe sei es, dieses System auf alle EU-Länder zu übertragen. Ein positiver Schritt stellt auch die 2007 erfolgte Aufstellung einer gemeinsamen EU-Einsatzgruppe zur Grenzsicherung (Frontex) dar, die bei Bedarfsfall aus nationalen Polizeieinheiten zusammengestellt und von einzelnen Ländern in Krisensituationen (Beispiel:

Afrikaflüchtlinge) angefordert werden könnte. Ihre Einsatzfähigkeit müsse die Einheit allerdings erst in der Praxis beweisen.

Die einzig wirkliche supranationale Institution im Bereich der inneren Sicherheit „Europol“ weise allerdings auf-

*Nach 50 Jahren ist die EU in einer guten Piep!!  
Und für die Zukunft brauchen wir jetzt eine  
europäische Piep!! Achtzehn Staaten haben die Piep! schon  
ratifiziert. Die Piep! muss bis 2009 kommen! Ohne  
Piep! kein Fortschritt! Es lebe die Piep!!*



*Nach dem letzten EU-Gipfel in Brüssel*

*Zeichnung: Stuttmann*

grund unzureichender technischer und rechtlicher Voraussetzungen noch eine geringe Effizienz auf. Die Situation ändere sich nur langsam, Europol-Beamte könnten aber mittlerweile gemeinsame Ermittlungsteams aufstellen und sogar vor Ort an operativen Aufgaben beteiligt sein (ohne Anwendung von Zwangsmitteln). Diese nunmehr rechtlich gegebene Möglichkeit müßte aber auch in der Praxis umgesetzt werden. Altmaier beendete seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die europäische Integration nun auch die Polizei voll erreicht habe und weitere Schritte zwangsläufig folgen werden.

## Europaskepsis und Sozialpolitik

Eine weitere „offene Flanke“ der EU-Integration ist die Sozialpolitik, denn bisher war zweifelsohne die wirtschaftliche Integration der Schwerpunkt. Weite Teile der europäischen Bevölkerung halten angesichts hoher Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer und sozial Schwachen für die Verlierer der Osterweiterung und Globalisierung. Nicht zuletzt diese Grundstimmung hat in einigen EU-Ländern und vor allem in Frankreich zu einer nachhaltigen Europaskepsis geführt und letztlich auch zur Ablehnung des Verfassungsvertrages beigetragen. Die Frage, ob ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell existiere, beziehungsweise wie es auszusehen habe, ist deshalb von höchster europapolitischer Brisanz.

Für Dariusz Rosati – ehemaliger polnischer Außenminister und als Europaparlamentarier in diesem Bereich besonders ausgewiesen –, existiert ein solches Modell, denn trotz großer innereuropäischer Unterschiede sei den europäischen Ländern im Vergleich zu den USA eine höhere Sozial-, Steuer- und insgesamt Staatsquote gemeinsam, um ihre sozialen Präferenzen (Umverteilung, Wohlfahrtsstaat, Schutz vor Armut und Arbeitslosigkeit etc.) durchzusetzen. Allerdings sei dieses Modell insofern in einem „schlechten Zustand“, als es nicht ausreichend Wirtschaftswachstum und Beschäftigung generiere und hinsichtlich verschiedener sozialer Indikatoren nicht mehr überzeuge.

Eine der wichtigsten Ursachen des niedrigeren Einkommensniveaus der EU im Vergleich zu den USA seien die geringere Arbeitsintensität, Beschäftigungsrate und Produktivität, die durch den ungünstigeren demographischen Wandel noch verschärft würden. Letztlich gelte es die wichtigsten Ziele der europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle zu bewahren, allerdings die Instrumente an die neuen Realitäten anzupassen. In der Arbeitsmarktpolitik sei von einem passiven Schutz bestehender Arbeitsplätze auf eine aktive Beschäftigungspolitik umzuschalten, die der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Qualifizierung Vorrang gebe. Mindestlöhne kombiniert mit Lohnsubventionen sollten die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich bekämpfen. Der Umbau der Sozialsysteme müsse einer höheren Lebenserwartung Rechnung tragen (Verlängerung der Lebensarbeitszeit). Fehlanreize in den sozialen Sicherungssystemen müssten beseitigt und das Steuersystem sollte zu einer stärker indirekten Besteuerung (einschließlich EU-weiter Mindestharmonisierung) modifiziert werden.

Als Mitglied der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments fielen seine Reformvorschläge bemerkenswert liberal aus.

Christian Deubner von CEPPI, einem „Think Tank“ aus Paris, wies in seinem Kommentar auf die verschiedenartigen Wirtschafts- und Sozialmodelle in Europa hin, die auch hinsichtlich der üblichen Indikatoren recht unterschiedliche Ergebnisse aufwiesen. Zukunftsweisend sei das skandinavische Modell (hohe soziale Absicherung, bei großer Flexibilität u.a. auf dem Arbeitsmarkt), das allerdings nicht so einfach übertragbar sei.

## Alternder Kontinent

Die Frage, ob die Alterung der europäischen und insbesondere der deutschen Bevölkerung durch Migration aufzuhalten sei, beantwortete der Demograph Herwig Birg mit einem klaren „Nein“. Seit 2002 sinke die Zahl der deutschen Bevölkerung und trotz Zuwanderung werde sich dieser Trend

unaufhaltsam fortsetzen. Dabei erwiesen sich demographische Prognosen als weitgehend fehlerfrei, denn es handle sich um langfristige Trends auf solider Datenbasis. Selbst wenn die Geburtenrate unerwartet deutlich anstiege, würde sich die Bevölkerungsentwicklung nur mit größerer Zeitverzögerung verändern. Europa sei ein alternder Kontinent und müsse sich gesellschaftspolitisch mit dieser Tatsache abfinden und sich darauf einstellen.

## Deutschland profitiert

Die ehemalige EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer verwies darauf, dass die EU-Transferleistungen an ärmere Länder und Regionen keine Almosen seien, sondern wichtige Beiträge zur Entwicklung dieser Länder. Zudem seien die Ziele des Zusammen-



*Michaela Schreyer: „Transferleistungen der EU an ärmere Länder und Regionen sind keine Almosen“*

wachsens der Regionen und der Solidarität in den EU-Verträgen verankert. Diese Aufgabe sei zwar durch die Osterweiterung aufgrund der größeren Einkommensunterschiede schwieriger geworden, doch habe man mit der neuen Finanzplanung 2007 bis 2013 einen tragfähigen Kompromiss ausgehandelt, ohne dass die Beiträge der Nettozahler – auch der Bundesrepublik – massiv steigen würden. Deutschland profitiere deutlich von der Erweiterung und dem Binnenmarkt und müsse deshalb auch im eigenen Interesse einen finanziellen Beitrag zur Konvergenz ärmerer Regionen leisten. ■

*Wolfgang Quaisser*



# Wo geht es lang mit Europa?

Probleme rund um Integration, Vertiefung und Erweiterung

**„Quo vadis Europa?“ war das Motto der die EU-Tagung abschließenden Podiumsrunde. Kann Europa in der globalisierten Welt überhaupt bestehen?**

Werner Fasslabend, Vorsitzender des Europaausschusses des Österreichischen Nationalrates und langjähriger Verteidigungsminister seines Landes, betonte, dass die Bevölkerung eine „zeitgemäße Begründung“ der EU einfordere. Die EU müsse sich in Bereichen durchsetzen, in denen der Nationalstaat immer weniger in der Lage sei, etwas zu leisten. Im Gegensatz zu anderen internationalen Akteuren leide die Union allerdings daran, dass sie kein Staatswesen sei, sondern nur ein Staatenbund, der vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik seine Handlungsfähigkeit erst erlangen müsse. In enger Kooperation mit den USA müssen der Nahe Osten, Afrika und die Beziehungen zu Rußland Priorität für die EU haben.

Für den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Gloser, gewinnen der Klimaschutz, die Energie- und die Migrationspolitik zunehmend als Aktionsfelder der EU an Bedeutung. Neben dem politischen Willen benötige es aber auch effizientere Institutionen und deshalb sei der Verfassungsvertrag so zentral. Michael Stürmer, früherer Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, bewertete dessen Zurückweisung in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden indes nicht als Katastrophe. Wünschenswert und realistisch sei eine „abgespeckte“ Version, die sich auf Kernfragen konzentriere. Im übrigen könnten die Regierungen in Europa auch vieles ohne diesen Vertrag durchsetzen.

Der EU-Parlamentarier Ingo Friedrich verwies darauf, dass in Europa viele Bürger, aber auch Politiker mental gespalten seien. Einerseits verlangten sie von der EU faktisch die Handlungsmöglichkeit eines demokratischen



*Ingo Friedrich: „Europapolitik wird in den nationalen Parlamenten zu wenig ernst genommen“*

Staatswesens, lehnten andererseits Schritte hin zu föderalen Strukturen jedoch ab. Zudem werde die Europapolitik in den nationalen Parlamenten zu wenig ernst genommen und mit dem Bürger kommuniziert.



*Staatsminister Günter Gloser will der Türkei die Tür nicht zuschlagen*



*Michael Stürmer: Referenden in Frankreich und den Niederlanden keine Katastrophe*

**„Pax Americana“ an ihren Grenzen**

Michael Stürmer mahnte an, dass die eigentliche Frage nicht laute: „Was wollen, sondern was müssen die Eu-

ropäer tun?“ Europa profitiere noch immer von der „Pax Americana“, die langsam an ihre Grenzen gerate. Ein stärkerer europäischer Beitrag in der Außen- und Sicherheitspolitik sei deshalb zwingend, doch man befände sich unter anderem mit der European Defense Agency erst am Anfang eines langen Weges. Mit den letzten Erweiterungsrounden stoße die EU an ihre Grenzen und sie müsse sich letztlich stärker differenzieren.

Staatsminister Gloser lehnte die Konzeption eines Kerneuropas ab, denn letztlich wolle jeder beim Kern dabei sein und die Integrationsfelder stellten sich jeweils sehr unterschiedlich dar. Einig war man sich, dass der Schengen-Raum und die Währungsunion erste Zeichen einer differenzierten Entwicklung darstellen. Die Mehrheit des Podiums war der Ansicht, dass die Konsolidierung der Union Priorität habe, Erweiterungen zurückgestellt und für zusätzliche Kandidaten (auch die Türkei) maßgeschneiderte Beziehungen angeboten werden müßten. Staatsminister Gloser wollte indes der Türkei die Tür nicht zuschlagen und mahnte ernsthafte Beitrittsverhandlungen mit Ankara an.

Fasslabend verwies auf die Notwendigkeit, die Beziehungen zu Rußland auf eine langfristig solide Grundlage zu stellen. Einig war man sich, dass der Streit mit Rußland um die Raketenabwehr gegen „Schurkenstaaten“ nicht zu einer neuen Spaltung Europas führen dürfe. Im Kern sei – so Stürmer – die harte Reaktion Moskaus nicht militärisch, sondern politisch begründet. Rußland wolle als Partner des Westens in Europa ernst genommen werden. Er verwies darauf, dass Rußland sich auch gegen eine militärische Bedrohung aus dem Iran schützen möchte, so dass es berechtigte Hoffnungen für eine Kooperation gebe. ■

woq

**(Siehe Presseschau S. 32)**

# Einblicke in die „pragmatische Generation“

Akademiegespräch im Landtag über die Jugend

**(Vor-)schnelle (Vor-)Urteile sind populär: Junge Leute glaubten an nichts mehr, Disziplin und Höflichkeit – die viel zitierten Sekundärtugenden – bedeuteten ihnen nichts mehr; für Familie, Gemeinschaft, bürgerschaftliches oder gar politisches Engagement seien sie nicht mehr zu begeistern. Ist dies aber die Wirklichkeit oder nur eine Facette davon? Mit dem Sozialwissenschaftler Thomas Gensicke, Mitverfasser der Shell-Jugendstudie 2006, analysierte ein renommierter Sozialforscher im Rahmen der Akademiegespräche im Landtag aktuelle Befindlichkeiten der jungen Generation.**

**D**ie Befunde der Forschung tragen zu erheblicher Differenzierung bei. Sie sprechen von einer „pragmatischen Generation“, deren Mitglieder für sich persönlich optimistischer in die Zukunft blicken als für die Gesellschaft insgesamt, die sich an Werten orientiert, Leistungsbereitschaft und Lebensgenuss miteinander verbindet – politischem Engagement allerdings weniger zugeeignet erscheint.

## Seismograph des Fortschritts

Seit jeher, so Thomas Gensicke, diene die Jugend als „Seismograph des Fortschritts“ und erfreue sich auch deswegen dauerhaften Interesses. Die seit rund 50 Jahren regelmäßig durchgeführten Shell-Jugendstudien seien hierfür ein stabiler Beleg. Auch die neueste Untersuchung aus dem Jahre 2006 erfuhr in Publizistik, Politik und Wissenschaft wieder große Resonanz und hat Diskussionen angestoßen und befördert.

Versuche man ein Markenzeichen für die werte- und zeitgeistbasierte aktuelle Befindlichkeit der Jugendlichen zu kreieren, so der Sozialwissenschaftler, sei die „pragmatische Generation“ das Ergebnis. Die „Sehnsucht nach Sicherheit und Bescheidenheit“, nach „Konstanz“ sei Kernkennzeichen dieser Generation, die wenig mit der 68er oder der Spaßgesellschaft der „hedonistischen Generation“ der 80er Jahre gemeinsam hat. Das Vertrauen in die

Politik sei gering, weshalb die Meinung in dieser Altersgruppe dominiere, dass man sich „selbst helfen müsse“. Der partiellen Abkoppelung von der Gesellschaft entspreche die Konzentration auf die Kleingruppe. Dort, in der Familie, im Freundeskreis, in Jugendgruppen



*Jugendforscher Thomas Gensicke: tiefgehende politische Desillusionierung bei einer „pragmatischen Generation“* Foto: S. Weber

begebe man sich auf die „Suche nach dem kleinen Glück“, dort baue man an seinen eigenen sozialen Unterstützungsnetzwerken. Überhaupt wurde seit den 50er Jahren keine derartig große Übereinstimmung der Werte zwi-

schen der Kinder- und der Eltern-generation gemessen wie aktuell. Von einem „harmonischen Verhältnis“ zu den Eltern zu sprechen sei angesichts der Daten nicht übertrieben. Eine Mitteilungs- und Überraschung bei den meisten Zuhörern auslöste.

## Frauen überholen Männer

Den Jugendlichen des Jahres 2006 geht es um ihre persönlichen Erfolgsgeschichten. Politisch ist diese Generation eindeutig in der Mitte verankert, so der Referent. Anders als die 68er, deren Diskussionsfreudigkeit als „endloses Palaver“ kritisiert wird, bezieht sich aktuelles jugendliches Engagement auf das unmittelbare Lebensumfeld und konkrete Probleme.

Bezogen auf die Geschlechterdifferenzierung führte Gensicke aus, dass junge Frauen inzwischen die jungen Männer eingeholt, in vielen Fällen bereits überholt haben. Die Erfolgsorientierung ist demnach kein ausschließlich männliches Attribut mehr. Überhaupt, so der Sozialwissenschaftler, scheint es, dass wir es beim feststellbaren 3er-Schritt durch die Jahrzehnte nach der ökonomischen Leistungsorientierung der Nachkriegsgeneration, dem politischen Engagement der 68er und der hedonistischen Orientierung der 80er und 90er wieder mit einer Jugendgeneration zu tun haben, die ihr Glück in privater Vernetzung und im ökonomischen Erfolg sucht. Von den 68ern unterscheidet sie eine tiefgehende politische Desillusionierung, von den Hedonisten eine grundlegende Ernsthaftigkeit. ■

*Manfred Schwarzmeier*

(siehe Pressestimmen Seite 30)

### Die Studie im Internet:

[http://www.shell.com/home/content2/de-de/about\\_shell/Jugendstudie/2006/Jugendstudie2006\\_start.html](http://www.shell.com/home/content2/de-de/about_shell/Jugendstudie/2006/Jugendstudie2006_start.html)

# Boulevardisierung und neue Geschwätzigkeit

Demokratie war gestern – heute ist Mediokratie

**D**as Verhältnis von Politik und Medien hat sich seit Einführung des kommerziellen Rundfunksystems grundlegend verändert. Von einer zunehmenden Mediatisierung der Politik ist die Rede, vom Weg in eine Mediokratie. Politiker und ihre Marketingberater richten ihre Strategien an den Handlungslogiken des Mediensystems aus: an Personalisierung und Entertainisierung. Der Journalismus steht der Politik verstärkt skeptisch gegenüber. Skandale und Konflikte finden mehr Aufmerksamkeit als langwierige Verhandlungen und Kompromisse. Der Negativismus der Medien erzeugt ein oberflächliches und einseitiges Politikverständnis, das zu Politikverdrossenheit führen kann. Die Tagung in Kooperation mit der Hochschule für Politik München untersuchte mit Wissenschaftlern und Journalisten das komplizierter gewordene Verhältnis zwischen Politik und Medien und deren gegenseitige Abhängigkeit. Ferner standen die Fragen nach Macht und Einfluss der Medien sowie die Probleme journalistischer Ethik in einer Zeit der Boulevardisierung im Mittelpunkt der Diskussionen.

## Medienmacht kein Phantom

Der Medienforscher Frank Brettschneider von der Universität Stuttgart-Hohenheim ging der Frage nach, wie sich die Massenmedien und deren Berichterstattung auf das Verhalten politischer Akteure auswirken und die Bewertung von Politikern, Parteien und Regierungen beeinflussen. Anhand von empirischen Untersuchungen zu den Medienwirkungen auf die Bundestagswahlen 2002 und 2005 veranschaulichte Brettschneider, dass die Macht der Medien „kein Phantom“ ist. Die Massenmedien als Transmissionsriemen zwischen Politik und Bevölkerung bewerten Parteien und Kandidaten unter bestimmten politischen Themengesichtspunkten, so genannten „top of the head-Gedanken“, die von der Bevölkerung aufgegriffen werden. Die Medienberichterstattung habe damit Einfluss auf das Wahlverhalten der Bevölkerung, so Brettschneider. Für den Wahlerfolg sei ein mediengerechtes „Themenmanagement“ seitens der politischen Akteure unverzichtbar. Die Ausrichtung der Medienberichterstattung auf einzelne unterhaltsame und triviale Themen habe zur Folge, dass sich Politik zunehmend von der Ent-

scheidungs- auf die Darstellungsebene verlagere. „Politiker müssen Nachrichten produzieren – und ohne Theater keine Nachrichten“, zitierte Brettschneider den Ministerpräsidenten des Saarlandes, Peter Müller.



**Frank Brettschneider: Themenmanagement unverzichtbar**

Fotos: Bungartz

Die weitgehende Verflechtung von Politik und Medien zeige sich laut Brettschneider daran, dass die Mediatisierung der Politik das Verhalten der politischen Akteure verändere, diese aber umgekehrt die Macht der Medien bewusst für ihr „Agenda-Setting“ nutzen.

## Boulevardisierung überall

Mit der „Macht des Boulevards“ befasste sich der frühere Lokalchef der Münchner Abendzeitung Rudolf Schröck. Das Phänomen der Boulevardisierung durchdringe alle Politik- und Lebensbereiche und lasse sich bei allen Medien feststellen, so Schröck.



**Rudolf Schröck: „Das Phänomen der Boulevardisierung durchdringt alle Politik- und Lebensbereiche“**

Die mediale Darstellung sei verstärkt von Personalisierung, Emotionalisierung, Optifizierung und Simplifizierung geprägt. Als Gründe dafür nannte Schröck die Abwendung der Gesellschaft von der Sachpolitik und die Hinwendung zu Entertainment. Die Medienlogik folge diesem Trend, mit dessen Auswirkungen auch der Deutsche Presserat in Bonn zunehmend konfrontiert wird.

Der Deutsche Presserat biete sowohl jeder Privatperson, als auch jedem Verein oder Verband unabhängig von der Betroffenheit die Möglichkeit sich

### Link-Tipps

<http://www.uni-hohenheim.de/komm/>  
<http://www.bildblog.de/>  
<http://www.presserat.de/>  
<http://www.corinnaemundts.de/>



zu beschweren, sagte die Pressesprecherin des Presserats Ella Wassink. Die Beschwerdeausschüsse überprüfen dann, ob Berichte oder Fotos den Bestimmungen des Pressekodex widersprechen und sprechen gegebenenfalls Rügen, Missbilligungen oder Hinweise aus. Die Entscheidungen des Presserats werden in seinem Jahrbuch öffentlich dokumentiert. Die Grenzen des ethisch Vertretbaren seien allerdings nicht immer eindeutig zu bestimmen, sagte Wassink.



**Ella Wassink:** „Beschwerden beim Presserat sind ein Jedermanns-recht“

Die Berliner Journalistin Corinna Emunds räumte in ihrem Vortrag ein, dass Anspruch und Wirklichkeit in der journalistischen Praxis auseinander-



**Corinna Emunds:** „Neue Geschwätzigkeit“ verdrängt seriöse Informationen

klaffen. Die Beschleunigung des Nachrichtengeschehens und der Auflagen- und Produktionsdruck förderten eine Tendenz zur Boulevardisierung und führen zu einer „neuen Geschwätzigkeit“, bei der wichtige und seriöse Informationen teilweise unerwähnt bleiben. ■

Anja Bungartz

## 25 Jahre im Dienst der Akademie



Aus den Händen von Sozialministerin Christa Stewens (links) erhielt unsere Tagungssekretärin und Mitarbeiterin des „Akademie-Reports“ Karin Sittkus in der Münchner Residenz die Jubiläumsurkunde anlässlich ihrer 25-jährigen Tätigkeit für die Akademie. Wir danken Karin Sittkus sehr herzlich für ihre Einsatzbereitschaft und vorbildliche Leistung.

Foto: Bayer. Landtag

## „Wissensdetektive“



So jung war die Akademie noch nie: 90 Kinder mit ihren Familien füllten an einem strahlenden Samstag mit jungem, neugierigem und fröhlichem Lernen die Akademie, ihre Cafeteria und den Park. Der Tutzingener Rotary Club hatte den kostenlosen „Bildungsnachmittag“ initiiert und zusammen mit dem Kinderreich des Deutschen Museums München, der TU München, Science Lab Starnberg und KinderKultur Tutzing e.V. konzipiert. Ein ungewöhnlicher Tag für die Akademie, entspannte und dennoch spannende frühkindliche Bildung durch workshops, Demonstrationen, Schnupperkurse und Vorführungen in allen Hörsälen und Unterrichtsräumen.

ks

# Die Lust am Grauen

Katastrophenfilme sind Ausdruck eines menschlichen Bedürfnisses

**K**atastrophenfilme sind Kassenknüller im Kino. Lodernde Feuer, durch die Luft wirbelnde Fahrzeuge, zerberstende Brücken und Gebäude ziehen die Zuschauer seit jeher in ihren Bann. Auch im Fernsehen sind Themen wie Unglücke und Naturkatastrophen quotenträchtig – sowohl bei Information wie auch Unterhaltung. Was aber reizt die Menschen daran, sich Gewalt, Zerstörung und Horror hinzugeben? Dieser Frage widmete sich Frank Schwab, Medienpsychologe an der Universität des Saarlandes, im Rahmen der Tagung „Lust an der Katastrophe: Medien – Manipulation – Massenhysterie“.

Schwab führte den Erfolg von Katastrophenfilmen im Kino und Fernsehen auf viele verschiedene Komponenten zurück, nach denen jeder gute Katastrophenfilm gestrickt ist. Einerseits werde den Zuschauern in Katastrophenfilmen ein wahres Feuerwerk an Sinneseindrücken geboten. Die Mischung aus opulent inszenierten Bildern, Farben und Geräuschen fesselt die Aufmerksamkeit der Zuschauer.

Hierfür stehen etwa das Fließen von blutroter Lava, gewaltige Explosionen oder das Sounddesign von Schwertern, Gewehren und Bomben. Andererseits spielt die meist aufwändig gestaltete Filmmusik für den Erfolg eines Katastrophenfilms eine herausragende Rolle, vermag sie es doch im Besonderen, an die Gefühle der Zuschauer zu appellieren: während tiefe Bässe und dunkle Bläser drohende Gefahr signalisieren und im Zuschauer das Gefühl von Furcht und Grauen hervorrufen, künden sanfte Harfenklänge und liebliche Flötentöne augenblicklich von aufkeimender Hoffnung und einer Entspannung der Situation. Aber auch die Kameraführung und spezielle Schnitttechniken tragen zum Gelingen eines Katastrophenfilms bei. Zeitlupenauf-

nahmen sind in diesem Zusammenhang von besonderer Relevanz, denn in ihnen steigert sich das Grauen des Zuschauers zur emotionalen Zerreißprobe und die Zerstörung wirkt noch realer und bedrohlicher.

## Manipulationsstrategie

Schwab wies darauf hin, dass die Ma-



*Medienpsychologe Frank Schwab: traditionelle Geschlechterrollen im Katastrophenfilm*

*Foto: Scheithauer*

cher von Katastrophenfilmen geschickt mit den Gefühlen ihrer Zuschauer spielen und diese ganz bewusst zu manipulieren versuchen. Unerlässlicher Bestandteil dieser Manipulationsstrategie sind die Hauptcharaktere eines Katastrophenfilms. Die Zuschauer entwickeln schon in den ersten Minuten eines Films Sympathien und Antipathien für die Protagonisten einer Erzählung, die meist nach einem „Schwarz-Weiß-Schema“ in die Handlung eingeflochten werden. Während den „Helden“ eines Films nur Gutes widerfahren soll, wünscht man den Bösen ein schlechtes Ende. Gleiche Gewalttaten werden unter diesem Blickwinkel verachtet oder mit Genugtuung aufgenommen, je nachdem, welche Figur es im Film trifft.

Daneben vermutet Schwab, dass nicht nur Gewalt, Zerstörung und Grauen die Attraktivität eines Filmes ausmachen, sondern mit ihnen zusammen auftretende Merkmale. So könnte der Erfolg von Katastrophenfilmen in ihrer aufwändigen und qualitativ hochwertigen Machart sowie in einer ganz eigenen Mischung aus Erotik, Spannung und gekonnter Erzähltechnik begründet sein.

Des weiteren zielen Katastrophenfilme geschickt auf traditionelle Geschlechterrollen ab. So bietet der Kinobesuch dem Mann ein spezielles Forum, seine Fähigkeiten als „starkes Geschlecht“ und Beschützer unter Beweis zu stellen. Während Frauen beim Besuch eines Horror- oder Katastrophenfilms eher ihrer Hilflosigkeit und Furcht Ausdruck verleihen und somit ihre Attraktivität beim männlichen Geschlecht steigern, kann der Mann durch abgeklärtes und besonnenes Verhalten selbiges beim weiblichen Geschlecht erreichen. Auf diese Weise leisteten Katastrophenfilme einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Einübung sozialer Rollen durch Heranwachsende, so Schwab.

## Sensationsgier

Umstritten ist laut Schwab hingegen die Frage, ob der Genuss von Katastrophenfilmen zur Überwindung eigener Ängste und Phobien beitrage und ob die Medienrezeption von aggressiven Neigungen befreie. Diesbezügliche Studien zeigen eher das Gegenteil.

Schwab verwies auf die Sensationsgier der Menschen im Alltag und ging dabei auf das Phänomen der „Gaffer“ bei einem Autounfall ein. Während dieses Verhalten aber auf gesellschaftliche Ächtung stößt, ist der Katastrophenfilm im Zeitalter der immer schneller und technisch perfekter werdenden Massenmedien der gesellschaftlich anerkannte Ausdruck eines zutiefst menschlichen Bedürfnisses.

■ Michael Scheithauer

# Verschiedene Perspektiven einer gemeinsamen Geschichte

Deutsch-russische Expertenkonferenz über Deutschland nach 1945

**V**erschiedene Blickwinkel und Perspektiven auf die zeitgeschichtlichen Entwicklungen in Deutschland und Russland waren Gegenstand einer internationalen Expertentagung. Dabei handelte es sich um die Nachfolgekonzferenz einer ähnlichen Veranstaltung, die im Jahr 2005 in Moskau stattgefunden hatte. Wieder fanden sich neben der Akademie für Politische Bildung die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als Kooperationspartner zusammen, um den Austausch der Wissenschaftler über die Grenzen hinweg zu ermöglichen.

Bereits zu Beginn wurden die beiden Leitmotive der Konferenz deutlich: zum einen die gemeinsamen, teils leidvollen Erfahrungen beider Länder im letzten Jahrhundert, zum anderen die teils recht unterschiedlichen Sichtweisen, die Deutsche und Russen dazu entwickelt haben. So beleuchtete Leonid Luks von der Katholischen Universität Eichstätt das Scheitern der „ersten“ russischen und deutschen Demokratien und ging der Frage nach, welche Lehren man nach 1945 daraus zog. Den vergleichenden Blick, allerdings nun innerdeutsch, nahm Thomas Kunze, Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau, auf, indem er die unterschiedlichen Sichtweisen auf den 8. Mai 1945 im geteilten Deutschland untersuchte. Hier stand die Interpretation der Befreiung der Kapitulation entgegen.

Die russische Sicht auf Deutschland wurde von Alexander Vatlin (Lomonossow-Universität Moskau) thematisiert. Er zeichnete die Wandlungen nach, die das russische Deutschlandbild von Lenin bis Gorbatschow durchlaufen hat. Svetlana Svetschnikova von der Universität Orjol präsentierte die aktuelle Lage des russischen Interesses

für den Nationalsozialismus: Das stark defizitäre Wissen um die NS-Diktatur bereite nicht zuletzt den Boden für erneut erstarkenden Nationalismus.

## Übergänge zur Demokratie

Im Mittelpunkt des zweiten Panels stand die Betrachtung der Zeit nach dem Zusammenbruch der jeweiligen

Neuss von der TU Chemnitz. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter rekonstruierte die politische Kultur und Werte der frühen Bundesrepublik.

Die vergleichende Perspektive zwischen Deutschland und Russland nahmen die Moskauer Wissenschaftler Sergei Nevskij, Andrej Nikitin und Tatiana Nekrasova ein: Sie widmeten sich den Fragen, ob eine florierende Wirtschaft schon für eine sichere Demokratie reiche, wie es mit der politischen Kultur im heutigen Russland bestellt sei und welche Rolle die außenpolitische Dimension für den Übergang zur Demokratie spiele.

Der dritte Themenblock beschäftigte sich mit militärischen Aspekten. Hier beschrieb Winfried Heinemann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam den Vereinigungsprozess von Bundeswehr und NVA. Peter



*Deutsch-russischer Gedankenaustausch: Manfred Wilke, Anne Kaminsky, Beate Neuss und der Leiter der russischen Delegation Alexander Vatlin (von links)*

*Fotos: Schwarzer*

Diktaturen und des Übergangs zur Demokratie. Hier nahm der in Kalamazoo und Berlin forschende Historiker David Barclay die Figur Ernst Reuters als Beispiel für das Verhältnis deutscher Demokraten zu den Besatzungsmächten in den Blick. Die Sicht der Westdeutschen auf die amerikanischen Besatzer analysierte anschließend Beate

März, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, nahm eine breitere Perspektive ein und zeichnete das Verhältnis zwischen politischer Führung und den deutschen Armeen im 19. und 20. Jahrhundert nach. Die russische Seite wurde von Vladimir Zacharov (Moskau) und Roman Boldyrev (Archangelsk)





beleuchtet: durch eine aktuelle Analyse der Situation in den russischen Streitkräften und das Bild des „Großen Vaterländischen Krieges“ gegen Nazi-Deutschland, das nach wie vor einer wirksamen Aufarbeitung des Kommunismus im Wege stehe.

## Wortbruch

Bei einem abendlichen runden Tisch mit Zeitzeugen wurden die unterschiedlichen Sichtweisen auf dieselben historischen Ereignisse und Prozesse durch die Teilnehmer in Person verkörpert: Hier kamen Horst Telt-

schisch lernender Münchner Schüler ins Gespräch und besuchte das Institut für Zeitgeschichte und den Landtag.

Das fünfte Panel der Tagung befasste sich mit Themen der Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik. Bernd Faulenbach von der Universität Bochum und Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin beleuchteten in ihren Vorträgen die Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen seit der Wiedervereinigung, zeichneten Entwicklungen und Kontroversen nach. Tatiana Timofeeva von

## Geschichtsbilder

Der abschließende Themenkomplex widmete sich der Geschichtsschreibung. Hier analysierte Peter März Geschichtsbilder und Geschichtsdeutungen zwischen „Neuzeit“ und „Zeitgeschichte“. Günther Heydemann von der Universität Leipzig zeichnete ein Bild der aktuellen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsforschung. Sergej Kretinin (Voronez) sprach über die deutsche Nachkriegsgeschichte als Gegenstand der russischen Geschichtsschreibung. Einen Einblick über die Vermittlung deutscher Zeitgeschichte an russischen Universitäten und Schulen gaben Roman Boldyrew und Alexey Sindeev (Twer).

Zum Abschluss analysierte Evgeniya Ufimskaya (Barnaul) das von deutschen Printmedien vermittelte Russland-Bild und gab mit ihren kritischen Ausführungen Stoff für eine Diskussion, die direkt auf den inhaltlichen Kern der Tagung zu-



*Zeitzeugen der Wende 1989 auf verschiedenen Seiten: Prof. Dr. Igor Maximytschew, Akademiedirektor und Moderator Heinrich Oberreuter, der frühere Kanzlerberater Horst Teltschik (von links)*

schik, langjähriger Berater Helmut Kohls, und Igor Maximytschew, Diplomat und im November 1989 hochrangiger Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin ins Gespräch über die Ereignisse und Verhandlungen rund um die deutsche Wiedervereinigung. Das Gespräch förderte beispielsweise zu Tage, dass die NATO-Erweiterung bis hin an die russischen Grenzen von dieser Seite als Bruch eines Versprechens gesehen wird, das damals im Gegenzug für die Bündnismitgliedschaft des vereinten Deutschlands gegeben worden sei.

Eine Exkursion führte die deutsch-russische Gruppe für einen Tag nach München. Dort kam sie in der Staatskanzlei mit Staatsminister Eberhard Sinner und Kultusstaatssekretär Karl Freller sowie mit einer Gruppe Rus-

der Lomonossow-Universität Moskau richtete den Blick auf den Umgang mit der Vergangenheit im heutigen Russland, wo die stark vorhandene Nostalgie weniger als Rückkehrwunsch denn als Trauer um die verlorene Sicherheit zu sehen sei. Den Stalin-Kult und die Entstalinisierungsprozesse in Russland und der DDR stellte Alexey Tikhomirov (Universität Jaroslavl) vergleichend gegenüber, nicht ohne Parallelen zum Kult um den jetzigen Präsidenten Putin aufzuzeigen. Zum Abschluss des Panels ging es erneut um die russische Sicht der deutschen Vereinigung 1989/90: Dimitrij Smirnov von der Universität Ivanovo verglich die Bilder davon im russischen Massenbewusstsein mit den Einschätzungen der Historiker in Russland.

rückführte – die unterschiedlichen Perspektiven und Sichtweisen aufeinander und voneinander.

Am Ende der Tagung zeigten sich die Teilnehmer hoch zufrieden und erfreut über die Gelegenheit zum Wechsel der Perspektiven und zur vergleichenden Betrachtung. Die Tage in Tutzing seien ein willkommenes Forum zum fruchtbaren Austausch zwischen Fachkollegen aus beiden Ländern gewesen und die Fortführung dieser Begegnungen höchst wünschenswert. Die Nachfolgekonferenz ist bereits in Planung. ■

*Stefan Köppl*

**(siehe Pressestimmen S. 31)**

# Thomas Mann, die Deutschen und die Politik

**T**homas Manns literarische Größe ist unumstritten. Darüber, ob er ein großer politischer Denker war, gab es immer wieder Diskussionen. Dem Politischen im Grundsatz war er nicht abhold. Und in seinem Werk spiegeln sich die Verwerfungen seiner Zeit und Wirrungen seines Lebens, welche diese Zeit ihm aufzwang. Seine lange geläufige Charakterisierung als ewig Unpolitischer, der sich bedauerlicherweise in die Gefilde der Politik verirrt habe, dürfte allerdings keine Berechtigung haben. Thomas Mann mischte sich politisch ein. Die Beschäftigung mit seinem literarischem Werk ist immer auch eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung seines politischen Denkens. International anerkannte Experten wie der Rektor der Katholischen Universität Eichstätt, langjähriger Präsident der Thomas-Mann-Gesellschaft und Kurator der Akademie Ruprecht Wimmer zeichneten wichtige Stationen im Leben Thomas Manns nach. Weitere Referenten waren Ulrich Karthaus, Hans Wisskirchen, Hans Rudolf Vaget und Willi Jasper. Edo Reents schrieb im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. April 2007 den folgenden Bericht über die Tagung:

## Den brauchen wir noch

Politik schult den Charakter: Der neue Thomas Mann

Wir haben, ganz im Ernst, einen neuen Praeceptor Germaniae. Sein Name ist Thomas Mann. Hatten wir nicht schon einen, der zufällig genau so hieß? Und brauchen wir überhaupt noch einen? Wer so fragt, bindet politische Wirkung an Zeitgenossenschaft und verkennet die Lage, die nicht erst nach Grassens Blamage ernüchternd genug ist. Man würde es heute wohl als Zumutung empfinden, wenn einer mit diesem Anspruch daherkäme; aber dennoch: Jemandem von seiner Sorte, der auch das politisch Brisante auf die Liebhabereien seines Geistes zurechtschneidet und daraus Funken schlägt, würde man zuhören.

Aber es ist ja gar nicht der Thomas Mann, der uns bisher in zwei Versionen vertraut schien – als unwissender Magier (Joachim Fest) oder als jemand, dessen Einsichten zu spät kamen und sowieso nicht genügten (Walter Boehlich) –; es ist vielmehr der Thomas Mann, dessen politisches Denken uns heute vor allem auf Grund seiner (außerordentlich flexiblen) Struktur etwas sagt, weniger wegen seiner Substanz oder irgendwelcher Meinungen.



*Thomas Mann im amerikanischen Exil 1944  
(c) S. Fischer Verlag*

„Thomas Mann, Die Deutschen und die Politik“ – normalerweise würde dies keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Die Präzeptorenenthronisation ging aber am Wochenende in der Akademie für Politische Bildung Tutzing am Starnberger See just unter diesem Titel vor sich. Ein halbes Dutzend Referate, die im Detail natürlich nicht durchweg Neues brachten, genüg-

te, und schon stand Thomas Mann als „Vordenker der Nation“ (Ulrich Karthaus) da. Die Bedeutung dieses Etiketts ergibt sich aus seinem Gegenteil: Thomas Mann ist ein Vordenker, sofern er nachdenkt. Er musste sich immer erst seiner (bildungsbürgerlichen) Grundlagen versichern, bevor er sich auf neue Situationen einstellen konnte, die es in seinem Zeitalter ja genug gab; er reagierte mit Verzögerung, konnte dafür aber, wie es Hans Wisskirchen, Präsident der Deutschen Thomas-Mann-Gesellschaft, formulierte, sein „geistiges Gepäck“ immer mitnehmen – so bei seinem geistigen Waffendienst im Ersten Weltkrieg mit den „Betrachtungen eines Unpolitischen“; so bei seinem Bekenntnis „von deutscher Republik“ 1922, das wahrlich eine Ruckrede war, in der er Novalis und Walt Whitman einer so haarsträubenden wie produktiven Zwangsheirat unterzog; so bei seinem auch nicht ganz pünktlichen, aber desto

wirksameren Protest gegen den Nationalsozialismus; so schließlich bei seinem ernüchterten Abschied von Amerika.

All diese Etappen sind dermaßen gründlich erforscht, dass sich in der Öffentlichkeit folgendes Bild verfestigt hat: Thomas Mann als der verstockte Monarchist, der zum lupenrein antifaschistischen Demokraten, zur Gegenfigur Hitlers wurde, ohne seinen weltanschaulichen Pessimismus preiszugeben. Dieses Bild trifft

immer noch zu; es gibt keinen Grund, die Texte, auf deren Grundlage es erstellt wurde, anders zu lesen.

Was nun aber schärfer in den Blick kommt und sicher noch für Gesprächsstoff sorgen wird, ist die Tatsache, dass man den Politiker nicht mehr streng beim Wort nimmt und sich dabei über begriffliche Unschärfen, wenn nicht



gar handgreifliche Widersprüche aufregt, sondern die denkerischen Strategien zu erfassen versucht, die dahinterstehen – eine Tendenz, die sich schon im Jubiläumsjahr 2005 angedeutet hatte (FAZ vom 16. August 2005). Politik beurteilte dieser Humanist eben auch nach den Folgen für seinen Beruf. Anders gesagt: Wir müssen ihn noch viel stärker, viel persönlicher beim Wort nehmen. Etwa anhand des Tagebuchs vom 17. September 1919: „Es unterliegt für mich selbst keinem Zweifel, dass ‚auch‘ die ‚Betrachtungen‘ ein Ausdruck meiner sexuellen Invertiertheit sind.“ In den „Betrachtungen“ hatte er die Demokratie als hurenhaft bezeichnet; deswegen musste er, wenn er sich nicht untreu werden wollte, die Republik mit Anspielungen willkommen heißen, die bis zur attischen Knabenliebe reichten. Ließe sich das auf die heutige Politik übertragen? Ein Bürgermeister, der aus seiner Verfasstheit Rückschlüsse auf seinen Arbeitsstil zieht, ist vorläufig nicht denkbar.

Der Hass, den Thomas Mann mit der gleichen Akrobatik provozierte und der im Protest der Richard-Wagner-Stadt München ein erstes Mal kulminierte, will uns heute unverständlich erscheinen. Hans Rudolf Vaget nahm die sozialpsychologischen Faktoren, die den Emigranten auch nach 1945 zur deutschen Unfigur machten, scharf ins Visier. Und heute? Nichts liegt uns in Zeiten, in denen viel von Reformen die Rede ist, näher als politische Flexibilität. Aber Thomas Mann betrieb Besitzstandswahrung im besten, nämlich im geistigen Sinne. Er war sich seines Fundaments so sicher, dass er darauf beweglicher agierte, als manchem lieb war. Die Erleuchtung trat dabei oft mit Verzögerung ein, war dann allerdings so haltbar, dass sie heute noch Gegenstand von Tagungen ist.

Thomas Mann tritt, nach dem Wegfall der ideologischen Lager und mit vertrauter Verzögerung, in eine neue Phase seines Wirkens ein. Politisch dürfen wir ihn nun nicht mehr für unzurechnungsfähig oder minderbemittelt erklären, noch auch mit nachträglichen Ansprüchen überfrachten. In Tutzing konnte man dazu schon so viel lernen: Die Demokratie ist männlich, und das ist gut so. ■

## Ein Homo politicus als Verleger und Wissenschaftler

Der verstorbene Günter Olzog hat sich um die Popularisierung von Demokratie und Wissenschaft verdient gemacht

**G**ünter Olzog ist zwar Jurist und Volkswirt, nicht Politologe gewesen. Aber wie nicht viele verkörperte er, der von der ersten Stunde an nach dem Krieg am Aufbau von Institutionen der Politikwissenschaft und der politischen Bildung beteiligt war, ein gelebtes Verständnis von Demokratiewissenschaft im Sinne der Beförderung einer entsprechenden politischen Kultur. Konsequenter erstrebte er über den engeren akademischen Rahmen hinaus Wirkung in eine breitere Öffentlichkeit. Was sonst, wenn, wie damals nötig – und heute auch – Demokratie begründet und popularisiert werden soll?

### Unentbehrliche Standardwerke

Zu diesem Zweck gründete er schon 1949 den „Isar Verlag Dr. Günter Olzog“, der ab 1960 nur noch seinen Namen führte: eine Plattform für Politik- und Sozialwissenschaften sowie für Erwachsenenbildung. Das Verlagsprogramm wies von Beginn an für das Fach unentbehrliche Standardwerke auf, wie etwa das mehrbändige Deutsche Handbuch der Politik mit u.a. Ludwig Bergsträssers Parteiengeschichte, Wilfried Gottschalchs Geschichte der sozialen Ideen und Storbecks Darstellung der Regierungen des Bundes und der Länder seit 1949. Diese Werke stehen nur als Beispiel für Ambitionen, die zahlreiche Wissenschaftler und Publizisten guten Rufes aus dem In- und Ausland die Betreuung durch einen sensiblen Verleger suchen ließen, der selbst ein Gebildeter und ein Homo politicus gewesen ist und ganz gewiss auch eine gemessene, aufrechte und im besten Sinne vornehme Persönlichkeit, mit der man gerne das Gespräch gesucht hat.

Sein auf Breitenwirkung angelegtes eigenes Standardwerk über die politischen Parteien lag zuletzt in 26. Auflage vor. Er hat die Akademiebeiträge



Verleger Günter Olzog starb im Alter von 88 Jahren

Foto: privat

zur Lehrerfortbildung und unzählige Einzelpublikationen unseres Hauses verlegt, in dessen Beirat er von 1974 bis 1993 engagiert wirkte. Öffentlicher Verantwortung entzog er sich nicht, sei es im Verlegerverband oder in seiner ihm wichtigen und ihn prägenden evangelischen Kirche.

Günter Olzog war neben all dem auch der erste Syndikus der 1950 gegründeten Hochschule für Politik, an der er zudem lehrte und 15 Jahre lang (1968 – 1983) das Amt des Prorektors versah: insgesamt eine vita activa, die allen Respekt und große Dankbarkeit herausfordert.

Günter Olzog hat sich um die Demokratie und eine in der Öffentlichkeit wirkende Politikwissenschaft verdient gemacht. Am 14. Mai 2007 ist er, geistig rege bis zuletzt, mit 88 Jahren in München gestorben. ■

Heinrich Oberreuter



# Frühe Kämpferin für Frauenrechte

Gründungsbeirätin Paula Linhart wurde 101

„Im Beirat der Akademie habe ich mich von Anfang sehr wohl gefühlt, zugehörig und selbstverständlich“, berichtete Paula Linhart anlässlich eines Besuches von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter zu ihrem 101. Geburtstag. „Ich war in meinem gesellschaftspolitischen Element und hatte auch nicht das Gefühl als Frau eine besondere Stellung zu haben, denn das Zusammenspiel aller war gut und es ist ein Charakteristikum für dieses Gremium, dass es für mein Empfinden kein Frauenproblem hatte“. Dass sie das politische Denken auch mit 101 Lebensjahren noch nicht verlernt hat, zeigt ihre Einschätzung aktueller Probleme und Fragen: „Für die Globalisierung reicht die Erden- und Menschenzeit nicht aus“.

Als am 24. Juli 1959 die konstituierende Sitzung des ersten Beirats der Akademie durch Staatsminister Theodor Maunz eröffnet wird, sitzt Paula Linhart im Münchner Kultusministerium mit am Tisch. Bis ins Jahr 1963 hinein wird sie die Frauenverbände im Gründungsbeirat der Akademie vertreten und gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Gerda Laufer zuvorderst die Fraueninteressen in die Beiratsarbeit einbringen.

In den Akten der Akademie finden sich denn auch mehrfach Belege ihres entschiedenen Eintretens für frauen- und gleichstellungspolitische Belange. Lassen wir die Jubilarin selbst zu Wort kommen: „...Die erste Tagung im Februar 1959 vereinigte Vertreterinnen des Katholischen Frauenbundes, des Deutschen Frauenringes und der Arbeitsgemeinschaft der Wählerinnen zu einem dreitägigen lebhaften Gedankenaustausch über das Thema ‚Frauenpolitik‘ und stellte gleichzeitig die erste Verbindung der Organisationen zur Akademie her. Referate und Aussprache bewegten sich auf dem erhofften geistigen Niveau. Nach diesem Muster und unter dem Motto ‚Grund-

**P**aula Linhart wurde am 22. März 1906 in München geboren; sie wurde zur Wohlfahrtspflegerin ausgebildet. Neben ihrer engagierten Fürsorge-Arbeit trat sie für Frauenrechte, Erwachsenenbildung und Ökumene ein und gilt als Vorkämpferin einer Medienpädagogik im Sinne des Jugendmedienschutzes. Ab 1956 baute sie die Landesarbeitsstelle Aktion Jugendschutz in Bayern auf und war deren Geschäftsführerin. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurde sie als Vertreterin des Landes Bayern in die freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) berufen und wirkte dort bis 1999. 1959 wählte man sie in den Beirat der Akademie für Politische Bildung als Vertreterin der Frauenverbände, dem sie bis 1963 angehörte. Paula Linhart erhielt viele Auszeichnungen, unter anderem das Große Bundesverdienstkreuz.

ks



*Politik hält jung: Gründungsbeirätin Paula Linhart feierte bei bester Gesundheit und geistiger Frische ihren 101. Geburtstag.*

*Foto: Siebert*

fragen politischer Bildung heute‘ kamen dann im Oktober 1959 wiederum Mitglieder der Verbände zusammen, wobei der Schwerpunkt auf der Diskussion über ‚Totalitäres Denken und Handeln in der Politik‘ lag. Im Mai und Juli des gleichen Jahres veranstaltete dann die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft im Rahmen der Akademie zwei Seminare, ebenfalls über das Thema ‚Frau und Politik‘.

Die bisher letzte Veranstaltung von Frauen-Organisationen fand im Januar dieses Jahres [1960] statt. Der Leitgedanke dieser gemeinsamen Tagung des Katholischen Deutschen Frauenbundes und des Deutschen Evangelischen Frauenbundes war ‚Die christliche Frau in Gesellschaft und Staat‘.

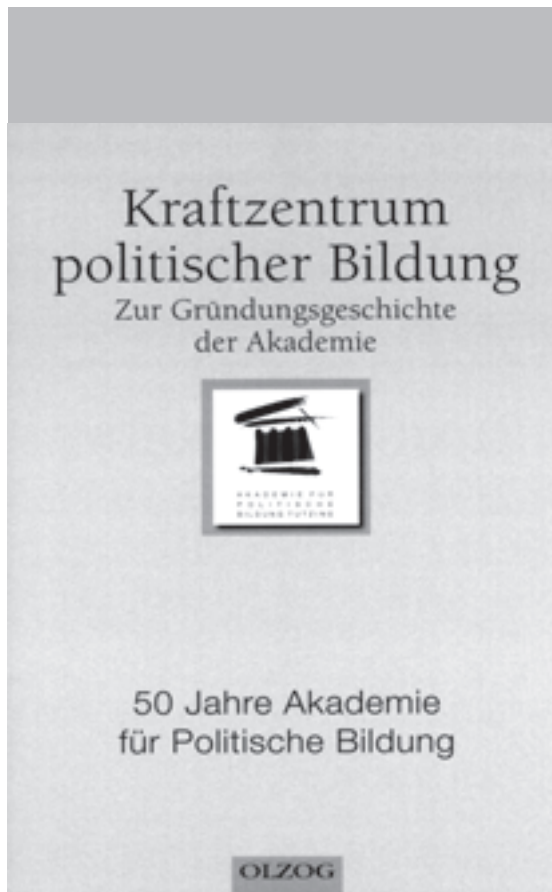
...

## Zugang für Frauen in die Politik

Ich habe als Vertreterin der Frauenverbände ... dem Beirat offiziell die Themen ‚Der Zugang der Frauen zu den Parteien‘ sowie ‚Die Partnerschaft von Mann und Frau im öffentlichen Leben‘ für das Programm der Akademie vorgeschlagen.“

Schon diese wenigen Beispiele zeigen den hohen Stellenwert von Frauenfragen in der Akademiearbeit, der sicher maßgeblich auf das Engagement von frühen Aktivistinnen wie Paula Linhart zurückgeführt werden kann. ■

*Steffen Elsner/Karin Siebert*



Heinrich Oberreuter (Hrsg.):  
**Kraftzentrum politischer Bildung**  
 Zur Gründungsgeschichte der Akademie  
 160 S., Olzog Verlag, München 2007  
 Internet: <http://www.olzog.de>  
 ISBN: 978-3-7892-8225-6

*Gedruckt mit Unterstützung des  
 Förderkreises der Akademie für  
 Politische Bildung e.V.*

Diesen Band legen wir zum 50. Jubiläum der Akademie vor, der die erste histographische Darstellung ihrer hochinteressanten Gründungsgeschichte sowie zusätzliche Dokumente und Informationen enthält. Die Gründungsgeschichte hat Dr. Karl-Ulrich Gelberg erarbeitet, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Ihm gilt für sein Engagement besonderer Dank. Steffen H. Elsner M.A., für Archiv und Bibliothek im Hause tätig, hat die zusätzlichen Informationen und Materialien bereitgestellt und unermüdlich auf die Fertigstellung des Bandes gedrängt, in diesem Unterfangen hilfreich unterstützt von Stefan Köppl M.A. Auch diesen beiden Mitarbeitern sei herzlich gedankt.



*Freuen sich über den ersten Band der  
 Festschriftenreihe zum Akademiejubiläum:  
 Dokumentar Steffen Elsner, Historiker  
 Karl-Ulrich Gelberg und Akademiedirektor  
 Heinrich Oberreuter (von links)  
 Foto: ms*



*Leseraum der Akademie 1955*

*Foto: APB-Archiv*

## **Leserbrief**

*Nachdem ich gerade wieder Ihren Akademie-Report zugeschickt bekommen habe, möchte ich einmal grundsätzlich schreiben, dass ich diese Zeitschrift immer öfter immer vollständig(er) lese. Das Niveau ist ausgezeichnet, der Umgang mit Zeitfragen wohlthuend unideologisch! Das ist nicht selbstverständlich für ein Papier, das kostenlos zugestellt wird! Ich bin beeindruckt, gerade auch, weil der Akademie-report aus Bayern kommt! Absolutes Highlight diesmal: Was tun? Kleine Gebrauchsanleitung für den Umgang mit der NPD.*

*Dr. Wolfgang Proske, Neu-Ulm*

### Das Akademie-Jubiläum im Spiegel der Medien

Ursula Ernst in der AUGSBURGER ALLGEMEINEN ZEITUNG  
vom 25. Mai 2007:

#### Ein „geistiges Kraftzentrum“

##### ... Warum wurde die Akademie ins Leben gerufen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Nazi-Diktatur war die „politische Bildung die Schicksalsfrage der Demokratie“, sagte Waldemar von Knoeringen (SPD), ein Gründungskurator wie Hamm-Brücher. „Sie (politische Bildung) hat die Aufgabe, der Hitler-Generation Demokratie nahezubringen und die Jugend zur Demokratie zu erziehen.“

Der damalige bayerische Ministerpräsident Hanns Seidel (CSU) sagte zur Eröffnung der Akademie: „Die politische Bildung des Staatsbürgers muss so sein, dass er verführerischen Schlagworten und demagogischen Parolen – ganz gleich aus welcher Richtung sie kommen – nicht kritisch verfallen kann.“

Anke Sauter in der BAYERISCHEN STAATZEITUNG vom 22. Juni 2007:

#### „Hüterin demokratischer Kultur“

... Es sei eine „weise Entscheidung“ gewesen, lobte Festredner Joachim Gauck die damaligen Landespolitiker. Denn die Freiheit muss immer neu erungen werden, machte der frühere Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen in einer spannenden und zum Teil sehr persönlichen Rede deutlich. Seine eigene Geschichte – Gauck, selbst Jahrgang 1940, wuchs in der DDR auf und war zur Zeit der Wende evangelischer Pfarrer – habe ihn gelehrt, die Freiheit über alles zu schätzen.

##### Ist die Akademie von Ihrer Grundidee her parteipolitisch?

Den Gesetzentwurf brachte die Regierung Wilhelm Högner ein: Sie bestand aus einer Vier-Parteien-Koalition aus SPD, Bayernpartei, BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und FDP. Politische Bildung ist nach dem Verständnis der Gründer überparteilich.

##### Die Akademie heute:

Seit 1993 ist Professor Heinrich Oberreuter Direktor der Akademie. Der Politologe ist Mitglied der CSU-Grundsatzkommission. Die Akademie versteht sich immer noch als „geistig-pädagogisches Kraftzentrum“.

Die Menschen in der DDR hätten 56 Jahre lang, zunächst unter der Nazidiktatur, dann unter den Kommunisten, im Zustand politischer Ohnmacht gelebt. Doch nicht alle seiner Landsleute wussten die neue Freiheit zu schätzen, und das sei ganz normal. Auch im Westen hätten die Menschen zunehmend Angst vor der Freiheit, vor dem sozialen Absturz. Insofern seien die Probleme in der gesättigten Spätzeitgesellschaft ähnlich wie im Osten. ...

(Siehe Berichte Seite 3 bis 12)

Emerenz Magerl in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 20. Juni 2007:

#### Lernziel Demokratie

... Redakteure und Nachwuchsjournalisten bilden eine Haupt-Zielgruppe der Akademie – neben den bayerischen Sozialkundefachlehrern, die in Tutzing fortgebildet werden. „Die meisten unserer Gäste stehen voll im Saft, mitten im Beruf“, stellt Oberreuter fest und weist auf die Gäste von der Bundeswehr hin. „Das typische Akademie-Publikum, also 60 Jahre alt und älter, kennen wir zwar auch, aber es ist nicht charakteristisch für uns.“

Im vergangenen Jahr zählte die Akademie mehr als 6000 Seminarteilnehmer, längst nicht nur aus dem Freistaat. Trotz der guten Bilanz und ihres Bekanntheitsgrades über Bayern hinaus dürfe man nicht in Routine erstarren, sagt Oberreuter. Man müsse auch thematisch mit der Zeit gehen, sich neuen Herausforderungen stellen. In Zukunft will man sich an der Akademie vermehrt Fragen nach der deutschen Identität und internationaler Politik stellen.

...

Hermann Gilbhard 28. Mai 2007  
BAYERN 2 Radio:

#### Fünf Jahrzehnte Dienst an der Demokratie

An ihrer Wiege standen die Sorge um die Demokratie und der Auftrag, die Menschen zu mündigen, politisch mitdenkenden Staatsbürgern zu machen. ... Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die Information und Fortbildung von Lehrern und Referenten, die selbst schon in der politischen Bildungsarbeit tätig sind. Aber auch politisch interessierte Laien nehmen an den Seminaren der Akademie teil und kommen gerne wieder. ...



Robert Zsolnay zum Akademigespräch im Landtag in: BAYERISCHE STAATSZEITUNG Nr. 12 vom 23. März 2007

### Pragmatisch, angepasst, intolerant

Als eine „pragmatische Generation unter Druck“ werden die Jugendlichen von den Wissenschaftlern um die Bielefelder Professoren Klaus Hurrelmann und Mathias Albert beschrieben. Die jungen Frauen und Männer sind leistungsbereit, engagiert und orientieren sich an nahe liegenden und konkreten Problemen. „Angesichts der relativ schlechten wirtschaftlichen Lage ist die Jugend vielfältigen Anforderungen von Bildungsinstitutionen und Arbeitgebern ausgesetzt“, bilanzieren die Macher der Shell-Studie 2006.

Der Nachwuchs hat ein hohes Bewusstsein für die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Probleme: 69 Prozent der rund 2500 Befragten im Alter von 12 bis 25 Jahren fürchten, sie könnten keine adäquate Beschäftigung finden, oder sorgen sich um ihre Arbeitsplätze.

Bei der vorangegangenen Studie 2002 waren es 55 Prozent gewesen. Die Angst vor der wirtschaftlichen Lage und vor Armut habe von 62 auf 66 Prozent zugenommen.

Der große Optimismus von 2002 sei einer „gemischteren Sichtweise, einer neuen Ernsthaftigkeit“ gewichen, erläuterte Gensicke, der die Studie als Experte des Münchner Forschungsinstituts TNS Infratest mitverfasste. Trotz spürbarer Ängste bewerte die Mehrheit der Jugendlichen die persönlichen Zukunftsaussichten weiterhin positiv. Was die Zukunft der Gesellschaft anbelangt, sind sie allerdings weniger zuversichtlich: Nur noch 44 Prozent der Befragten sehen die Gesellschaft von übermorgen zuversichtlich (2002: 48 Prozent); 53 Prozent sehen sie düster (2002: 45 Prozent). Von Resignation

oder Flucht in vermeintliche Ersatzwelten könne jedoch keine Rede sein. Dem privaten Freundeskreis und der Familie, von denen sie sich Rückhalt und Sicherheit versprechen, messen die jungen Menschen mehr Bedeutung bei als 2002. Dieser Bedeutungszuwachs der Familie spiegelt sich auch darin, dass 73 Prozent der 18- bis 21-Jährigen noch bei den Eltern leben, bei den 22- bis 25-Jährigen sind es 34 Prozent. Entgegen der weit verbreiteten These, wonach Ehe und Familie zu Auslaufmodellen würden, sind 72 Prozent der Jugendlichen der Ansicht, dass eine Familie Voraussetzung für ein glückliches Leben ist (2002: 70 Prozent). Gleichzeitig wachse die Zahl der jüngeren Frauen und Männer, die auf die Gründung einer eigenen Familie verzichteten. ...

*(Siehe Bericht Seite 19)*

Klaus von Dohnanyi in: WIRTSCHAFT & MARKT 05/07

### Harte Zeiten nach 2019

Vor einigen Wochen fand in der Politischen Akademie Tutzing eine zweitägige Konferenz über die Lage in Ostdeutschland statt: „Aufbau Ost: Unerfüllbarer Traum oder realistische Chance?“ Noch ist der Weg weit, aber bei konsequenter Konzentration auf einige wenige Wachstumskerne wird die Region kein Mezzogiorno werden, allerdings ein Gebiet mit großen Unterschieden und noch lange sichtbaren Narben, die von den Verwundungen einer selbstherrlichen und törichten SED-Herrschaft geblieben sind.

Einig waren sich alle Sachverständigen, dass die fortbestehenden Unterschiede zwischen West und Ost weiterhin eine besondere Politik für die „neuen“ Länder notwendig machen. Doch fast gleichzeitig mit der Tutzinger Konferenz begann im Westen eine

leichtfertige Debatte über die Verbindlichkeit des Solidarpaktes II, der den „neuen“ Ländern bis zum Jahre 2019 (beginnend 2005) insgesamt rund 157 Milliarden Euro zum Ausbau von Infrastruktur und tragfähigen kommunalen Finanzen zusagt. ...

Wie in der erfolgreichen Führung eines Unternehmens sollte es auch in der Politik zunächst um eine klare und schonungslose Beschreibung der heutigen Lage gehen, dann um den Versuch einer nüchternen Vorausschau und schließlich um Anordnung und Einsatz der eigenen Potenziale. Nur so kommt man auf gangbare Wege zur Bewältigung des wahrscheinlichen „Morgen“. Dazu gehört allerdings mehr Selbstbewusstsein und weniger „Angst“ als wir Deutsche heute aufbringen.

„Heute“ ist Deutschland stärker als mancher meint, „Morgen“ aber werden wir in einer wissenschaftlich und technisch ganz veränderten Welt neuen, starken Wettbewerbern begegnen. Haben wir uns darüber politisch genug Gedanken gemacht? gibt es ausdiskutierte Strategien? Was bedeutet das für das sozial noch immer geteilte Deutschland?

Wir müssen unsere Blickrichtung ändern: Es war jetzt genug Vergangenheit. In der Zukunft liegt unsere Zukunft; ihr sollte unser ganzes Augenmerk gelten. Nüchtern, mutig und entschlossen. Es wird Zeit in Deutschland für eine Zukunftsorientierung.

*(Siehe Bericht  
Akademie-Report 2/07 Seite 6)*

Franziska Brüning in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 30. April 2007:

### Russlands Deutschlandbild Historikertreffen in der Politischen Akademie Tutzing

Bayern und Russland verbindet mehr miteinander, als man denkt. Die politischen und kulturellen Kontakte im Gefolge der Napoleonischen Kriege, die Aufnahme sowjetischer Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg oder die aktuellen Wirtschaftsbeziehungen prägen das nicht immer einfache bayrisch-russische Verhältnis. In Tutzing ist nun auch eine Plattform für den wissenschaftlichen Austausch entstanden. Vier Tage lang trafen sich 30 russische und deutsche Historiker in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung, um gemeinsam über die Wahrnehmung deutscher Nachkriegsgeschichte zu debattieren.

Die wissenschaftliche Tagung war ein Folgeprojekt eines deutsch-russischen Historikertreffens, das im Oktober 2005 in Moskau stattgefunden hatte. „Daraus soll nun ein ständiger Meinungsaustausch, besonders für die jungen russischen Forscher entstehen, und Tutzing ist ein idealer Ort dafür“, sagte Alexander Vatlin, Professor an der Lomonossow-Universität in Moskau und Mitorganisator der Tagung. Vatlin, der über das russische Deutschlandbild referierte, sind die persönlichen Kontakte zwischen beiden Ländern besonders wichtig: „Das ist unser Beitrag für die Völkerverständigung.“

Die Rolle von Zeitzeugen und der Einfluss der Medien auf das Geschichtsbild junger Leute gaben am vergangenen Sonntag Anlass zu intensiven Diskussionen. Während in Russland zu wenig mit Zeitzeugen gearbeitet würde und sich Umfrageergebnissen zufolge 16- bis 18-Jährige ihr Wissen über den Zweiten Weltkrieg aus Kinofilmen zusammenzimmerten, hätten die ständigen Auftritte von Zeitzeugen

in deutschen Dokumentarfilmen zu einer „einseitigen Sichtweise aus der Opferperspektive geführt“. „Die Geschichtswissenschaft darf nicht nur den Medien überlassen werden“, lautete die einhellige Meinung der Historiker.



*Unterschiedliche Sicht auf die Wende 1989: Igor Maximytschew (links), Horst Teltschik (rechts)*  
Fotos: Schwarzer

So berichtete Oberst Winfried Heine mann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, dass die Bundeswehr zunehmend gegen rechtsextremistische Ansichten junger Wehrpflichtiger zu kämpfen habe. In Russland machten sich dagegen Heldenmythen über den „großen vaterländischen Krieg“ breit, während andere Themen wie die russische Besetzung deutscher Gebiete weiterhin tabuisiert würden.

Im Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung zwischen dem ehemaligen „Alter Ego Helmut Kohls“ Horst Teltschik und dem ehemaligen Gesandten der sowjetischen Botschaft in Berlin Igor Maximytschew wurde die

ganz persönliche Sichtweise von Zeitzeugen deutlich. Teltschik erinnerte sich an den sorgfältigen Vertrauensaufbau zwischen Kohl und Gorbatschow. Maximytschew hingegen betonte, dass sein Land den Geschichtsverlauf als einen Bruch der Versprechen gegenü-



ber der Sowjetunion wahrgenommen habe. „Gorbatschow wird nur im Ausland geliebt. Bei uns ist er eine No- Person. Das ist die Tragödie seiner Person und seines Landes“, sagte er in Tutzing.

Gerade angesichts solcher Unterschiede begrüßt Professor Heinrich Oberreuter, Leiter der Akademie, die Idee eines regelmäßigen deutsch-russischen Austausches einer jungen Forscher generation in Tutzing: „Wir müssen etwas tun, um den Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess in Osteuropa zu unterstützen“, sagte er.

*(Siehe Bericht Seite 23)*

Anlässlich der Tagung „Europa auf der Suche nach sich selbst“ gab Michael Stürmer im Deutschlandradio am 6. Mai folgendes Interview:

### „Türkei ist ein Schritt zu weit“

**Der Historiker Michael Stürmer hat sich gegen eine „Überdehnung“ der Europäischen Union gewandt. Die Europäer hätten nach den EU-Erweiterungen der letzten Jahre das Gefühl, „erst mal ist das genug“. Europa sei unterbewusst von dem christlichen Erbe geprägt. Und das unterscheide Europa wesentlich von anderen Kulturkreisen.**

**Frage:** Wer nach Europa sucht, tut dies zunächst auf dem Atlas: Die Grenzen verschwimmen in allerlei Problemzonen: „Quo vadis, Europa?“ – so fragte die abschließende Podiumsdiskussion heute in Tutzing. Für Michael Stürmer stellt sich die Frage anders.



**Michael Stürmer:** Meine Antwort war, wohin muss Europa, denn die Welt wartet nicht auf die Europäer, bis sie sich zusammenreißen und sozusagen handlungsfähig werden in anderen Bereichen als Handel und Wandel. Und wir haben darüber höchst lebhaft diskutiert, was treibt Europa voran. Und die große Antwort ist nicht so sehr das, was die Regierungen wollen, sondern das, was auf der Welt-Agenda steht: Energiefragen, Klimawandel, demografische Bewegungen, Völkerwanderungen.

**Frage:** Aber Europa muss ja dann sein eigenes Profil entwickeln. Sie haben gesagt, wohin muss Europa, da kann man ja auch fragen jetzt, zurück bis zu welchen Grenzen kann es gehen, ohne sich selbst aufzugeben?

**Stürmer:** Das ist die Frage der Überdehnung. Und die Frage der Überdeh-

nung stellt sich natürlich auf dem Balkan, und sie stellt sich noch viel stärker gegenwärtig mit der Türkei. Europa ist vor drei Jahren mit dem so genannten Big Bang um zehn Staaten erweitert worden, jetzt noch einmal am 1. Januar um zwei Staaten – Rumänien und Bulgarien – und nun haben die Europäer allgemein das Gefühl, das kam auch in dieser Konferenz zum Ausdruck, erst mal ist das genug, Türkei ist ein Schritt zu weit.

**Frage:** Die Erweiterung ist ja sozusagen der Prüfstein, wo sich die Identität Europas erweist. Sie gehen davon aus, Herr Stürmer, dass Identität eine historische sein kann und muss. Im 21. Jahrhundert, meine

Frage, ist sie da noch eine christlich-religiöse oder seit der Aufklärung zunehmend schon eine säkulare?

**Stürmer:** Schauen Sie, auch die Aufklärung ist ja christlich bestimmt. Viele von den Leuten, die nie in die Kirche gehen und die Bibel noch nie angeschaut haben, sind ja doch unbewusst, unterbewusst von dem christlichen Erbe geprägt. Ob dieses christliche Erbe die Trennung von geistlichem und weltlichem Schwert ist, ob dieses christliche Erbe die Idee der einen und unteilbaren Individualität ist oder auch die Suche nach dem Glück, das ist die übersetzte Form der Suche nach dem Paradies. Seit der Aufklärung reden wir von der Suche, das Recht des Menschen auf der Suche nach dem Glück, und das ist der Kern des Freiheitsbegriffes. Also Europa schuldet, ob die Europäer Christen oder Nichtchristen sind, oder laue Christen oder heiße Christen sind, die-

sem christlich-jüdischen Erbe, dem römisch-griechischen Erbe sehr viel mehr, als den Leuten bewusst ist. Das muss man nicht unbedingt in der Schule lernen, um in diesem Erbe zu leben.

Und das unterscheidet Europa ja doch ganz wesentlich von anderen Kulturkreisen. Zu leugnen, dass es Kulturkreise gibt, die natürlich offene Ränder haben, die sich wechselseitig beeinflussen, das muss ja nicht immer ein Clash sein, wie Samuel Huntington gesagt hat, es kann auch eine große Befruchtung sein. Meistens ist es beides, sowohl Konflikt wie auch Konsens, Kooperation. Das zu leugnen, ist völlig weltfremd und geht völlig am Bewusstsein der Nationen vorbei.

**Frage:** Dieses Europa des Kalten Krieges hat das ja lange vergessen, diese große Identität, diese Ganzheit, seit dem Ende des Eisernen Vorhangs musste es sich finden, nicht neu erfinden, so doch neu erkennen, zum Beispiel am Überkommenen, zum Beispiel eines Flusslaufes wie der Donau. Auch eine Suche war das ja. Mit welchem Ergebnis Ihrer Ansicht nach?

**Stürmer:** Nun, das östliche Europa, das Europa von jenseits der Mauer, das Europa, das aus der Kälte gekommen ist, das wird ja wiederentdeckt. Das wird von der Wirtschaft wiederentdeckt, das wird von den Leuten wiederentdeckt, die dahin reisen oder die dort beruflich hingehen und von den Studenten, die dort studieren. Auch die Studenten, die von dort kommen, sind oftmals die frischesten und leistungsfähigsten. Das wird entdeckt und das spielt eine große Rolle. ...

(Siehe Bericht Seite 18)



# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## September

---

36-1\* 3. – 6. September

**Europas Wirtschafts- und Sozialmodelle in Zeiten der Globalisierung**

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

36-2 6. – 8. September

**Drachen – Tiger – lahme Enten**

Sommerakademie – Nachwuchstagung Asien

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-1 10. – 14. September

**Aufgespießt und zugespitzt**

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-2\* 10. – 13. September

**Eine neue Rolle für die Landwirtschaft? –**

**Chancen und Probleme der erneuerbaren Energien**

Tagung mit dem Verband des landwirtschaftlich-technischen Dienstes Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-4 14. – 16. September

**Patriotismus – Bindekraft oder Sprengsatz?**

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

39-1\* 24. – 28. September

**Europa und die Perspektiven der Einigung**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Stefan Köppl/Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

39-5\* 24. – 28. September

**Ist Frieden machbar?**

Herausforderungen, Erfolge und Perspektiven weltweiter Friedenssicherung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

39-6 28. – 30. September

**Medien – Kitt der Gesellschaft?**

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Oktober

40-2 5. – 7. Oktober

### **Staatszukunft – Zukunftsstaat**

Verantwortung neu ausbalancieren

Leitung: Michael Schröder/Manfred Schwarzmeier/Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

41-1 8. – 12. Oktober

### **Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa**

46. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-2 12. – 14. Oktober

### **Was hält Gesellschaften zusammen?**

Ein internationaler Vergleich

Leitung: Stefan Köppl

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-1\* 15. – 19. Oktober

### **Sozialpraktische Grundbildung und Sozialkunde am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

42-6 16. – 18. Oktober

### **Im Wunderland der Eurokraten – die EU wird 50**

Informationsreise für Journalisten nach Brüssel

in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr!

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

### **E-Mail-Adressen der Sekretariate:**

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-3\* 19. – 20. Oktober

## **Deutschland in der Welt des 21. Jahrhunderts**

Wissenschaftliche Tagung aus Anlass des hundertjährigen Bestehens der „Zeitschrift für Politik“

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Politik München

Leitung: Heinrich Oberreuter/Peter Cornelius Mayer-Tasch

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

42-4\* 21. – 26. Oktober

## **Am Puls der Hauptstadt – Politik, Kultur und Medien**

Informationsreise für Lehrkräfte nach Berlin

in Zusammenarbeit mit der Akademie Dillingen

Achtung: Erhöhte Tagungsgebühr!

Leitung: Michael Schröder/Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

43-5 22. – 23. Oktober

## **Die türkische Energiewirtschaft im europäischen Verbund**

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Politik

Leitung: Wolfgang Quaisser/Werner Gumpel

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-1 22. – 24. Oktober

## **China vor den olympischen Spielen**

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber/Harald Geiss

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-2\* 24. – 26. Oktober

## **„Schild und Schwert der Partei“ – die Stasi in der SED-Diktatur**

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft

Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

43-3 26. – 28. Oktober

## **Aktuelle und historische Ursachen der Transformationserfolge mittel- und osteuropäischer Volkswirtschaften**

In Zusammenarbeit mit dem Herder-Institut Marburg

Leitung: Wolfgang Quaisser/Karl von Delhaes/Klaus Ziemer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50



# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** moderierte im Berliner Reichstag eine Diskussionsveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen mit Prof. Josef Isensee und den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführern aller Fraktionen zum Thema „Fraktionsdisziplin: Bindung und Freiheit des Abgeordneten“. In München referierte er über die Möglichkeiten und Hindernisse für politische Reformen in Deutschland und hielt anlässlich der Verleihung des Nachwuchsförderpreises für Politische Publizistik den Festvortrag zur Frage „Haben die Volksparteien Zukunft?“. In Warschau sprach er bei einer Tagung der Stiftung demos Europa über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Politik und politisches System. In Passau moderierte er den 10. Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen zum Thema „Das gemeinsame Haus. Zur Identität Europas“ (siehe Tagungsbericht auf Seite 13).

### KURATORIUM / BEIRAT

**Renate Herrmann**, Vertreterin der Wirtschaft, beging ihren 70., **Prof. Dr. Gerhard Waschler MdL** seinen 50. Geburtstag. Mit allen guten Wünschen ad multos annos verbindet die Akademie ihren herzlichen Dank für die engagierte Unterstützung ihrer Arbeit.

**Wolfgang Hoderlein MdL** wurde mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet, ebenfalls **Prälat Dr. Valentin Doering**, langjähriges verdienstvolles Mitglied unseres Beirates. Herzliche Glückwünsche!

### KOLLEGIUM

**Stefan Köppl** sprach in Berlin und Passau über die politische Lage in Italien ein Jahr nach den Parlamentswahlen. Im Kloster Banz referierte er über Volksparteien und Verbände.

**Gerhard Kullmer**, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent, beging seinen 80. Geburtstag. Er gehörte der Akademie von 1959 bis 1965 an. Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute.

### VERWALTUNG

**Christine Ginter**, von 1976 – 1988 im Sekretariat und dann als Buchhalterin und Kassenleiterin souverän, gewissenhaft und verlässlich tätig, ging am 30. Juni 2007 endgültig in den Ruhestand. In 31 Jahren hat sie in diesem Hause viel erlebt und viel geleistet, den Durchblick dabei nie verloren. Auch lange Zeit im Personalrat engagiert, ist Frau Ginter eine Vertrauensperson und ein identitätsstiftender Kristallisationspunkt gewesen. Ihn sich wegzudenken, schien schier unmöglich. Nun hat die Realität uns eingeholt. Der Akademie bleiben hoher Respekt und herzlicher Dank. Nicht zuletzt begleiten alle guten Wünsche Frau Ginter in den Ruhestand.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:**  
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing